

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

Jahrgang 13 (2004), Heft 12/

Jahrgang 14 (2005), Heft 01

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Nika Greger (ng),  
Thomas Frischmuth (tf), Bjela Vossen  
(bv), Daniel Unsöld (du), Alice Wolfgramm  
(aw), Matthias Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)

Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,

Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Mehr Vorreiter bitte!

### In Argentinien beginnt die zehnte Runde der Klimagespräche

Liebe Leserinnen und Leser, vom 6. bis zum 17. Dezember treffen sich die Vertragsstaaten zur zehnten UN-Klimafolgekonferenz (COP 10) in Buenos Aires, um über die weiteren politischen Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen zu verhandeln. Das Treffen in der argentinischen Hauptstadt ist das letzte, bevor das Kioto-Protokoll am 16. Februar 2005 in Kraft tritt.

Da eine andere starke Kraft neben den Europäern nicht in Sicht ist, liegt es an ihnen, den Weg für weitere Emissionsreduktionen freizumachen. Bedauerlicherweise lastet auf der EU - wie in anderen Bereichen auch - ein starker Lobbydruck von einer rückschrittlichen und altmodisch denkenden Industrie, die es einfach nicht wahrhaben will, dass sich das globale Klima verändert, und die nur an ihrer eigenen Gewinne und ihre Nischen denkt, in denen sie es sich in den vergangenen Jahrzehnten so gemütlich eingerichtet hat. Dabei sind die Auswirkungen des globalen Klimawandels mittlerweile fast täglich zu spüren - trotzdem steigen die Emissionen weiter an.

Dem gegenüber stehen die realen Gewinne für die europäische Wirtschaft aus der Vermeidung der Kosten von Klimawandel-Schäden sowie aus Entwicklungen und Innovationen für effizientere und umweltfreundlichere Technologien.

Um hier eine Veränderung herbeizuführen, bedarf es eines starken und verbindlichen politischen Rahmens, innerhalb dessen klimaschädliche Industrien und Substanzen keine Chance mehr haben.

In Argentinien geht es auch um die Auswirkungen von Klimaveränderungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, und um Maßnahmen, mit denen diesen Auswirkungen begegnet werden kann. Eine Hauptfrage der dort zusammen treffenden Staaten wird zusätzlich sein, wie mit den USA umgegangen werden soll, deren Präsident und Regierung weder genug Sachverstand noch ausreichend Fantasie besitzen, um sich die Folgen von klimatischem Wandel vorzustellen, und die so eng mit der rückständigen Industriobby verbunden sind, dass sie wie Puppen nach deren Pfeife tanzen.

Dabei kann selbst Kioto nur ein erster Schritt sein, denn die Erfüllung des Abkommens stabilisiert lediglich die durchschnittlichen Emissionen der teilnehmenden Industriestaaten. In der nächsten Runde müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit die globale Erwärmung unterhalb von 2°C bleibt. Das erfordert 60 bis 80 % Reduktion von Treibhausgas-Emissionen bis 2050 - oder 3 % jährlich im Vergleich zu 1990. Dass EU-Regierungen bisher nur wenig Konkretes auf den Tisch gelegt haben, wie sie sich die Zeit nach der ersten Verpflichtungsperiode vorstellen, ist bedauerlich.

Auch in Deutschland hat die nationale Klimapolitik sichtbar an Elan verloren. Es scheint kaum noch möglich, dass Deutschland das überparteilich getragene Klimaschutzziel einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von 25 % bis 2005 (gemessen an 1990) erreichen kann. Der boomende Markt für Erneuerbare Energien und die Pionierrolle Deutschlands zeigen jedoch gleichzeitig, dass Klimaschutz nicht nur eine ökologische Notwendigkeit ist, sondern auch ein immer wichtiger werdender Wirtschaftsfaktor. Die von Bundeskanzler Schröder beim Weltgipfel in Johannesburg 2002 angekündigte Initiative für Erneuerbare Energien und die daran anschließende Internationale Konferenz in Bonn im vergangenen Juni haben deutlich gemacht, dass Deutschland auch auf der internationalen Bühne beim Klimaschutz weiterhin eine wichtige Rolle spielt.

Um so wichtiger ist es, dass die nationale Klimapolitik ein ehrgeiziges Ziel hat, das über die Vorgaben des Kioto-Protokolls hinausweist. Voraussetzung dafür ist der politische Wille, diese Maßnahmen auch gegen den Widerstand derjenigen Interessengruppen voranzutreiben, die den Klimaschutz aus kurzfristigen Erwägungen heraus bremsen.

Die Berliner Geschäftsstelle des DNR wünscht Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe, außerdem schöne Feiertage und ein gutes Jahr 2005.

Nika Greger  
DNR, Leiterin EU-Koordination und Internationales

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Klimaschutz: Mehr Vorreiter bitte!

## 5 Global

- Kritik an EFTA-SACU-Abkommen
- Weltbank-Konsultation geplatzt

## 6 EU-Politik, Recht

- Protest gegen Konzern-Lobbying
- EU-Verfassung unterzeichnet
- Lissabon-Strategie: Kok-Bericht
- Newsticker
- Kohäsion: WWF zur Förderpolitik
- Strategie zur Städtischen Umwelt

## 10 Abfall, Produktpolitik

- Regionale Produkte förderfähig
- Revision der Altöl-Richtlinie
- Verpackungsrichtlinie: Überprüfung
- Ni-Cd-Batterien bald verboten?
- Newsticker

## 12 Agarpolitik, Verbraucher

- Ökolandbau fördert die Biodiversität
- Fairer Zuckerhandel lindert Armut
- Newsticker

## 13 Chemikalien, Emissionen

- Weiter Streit um REACH-Kosten
- Luftreinhaltung: Welche Instrumente?
- Kfz-Emissionstests nicht reell
- Lärm als Menschenrechtsverletzung

## 15 Energie, Klima

- AKW-Stilllegungen: Harmonisierung
- Newsticker Energie
- Kioto-Protokoll tritt in Kraft
- EU will Emissionshandel ab Januar
- CO<sub>2</sub>-Handel: Großbritannien knickt ein
- Newsticker Klima

## 18 Gentechnik

- EU-Gentech-Debatte: Überblick
- Genfood auf dem polnischen Markt
- US-Regierung unterdrückt Studie
- Bayer: Forschung in Indien beendet
- Hunger durch Artenschwund
- Neues zu Auskreuzungsdistanzen
- NK603: EU importiert auch Produkte
- Newsticker

## 22 Naturschutz, Artenschutz

- Landschaft des Jahres: Lebuser Land
- Größter Urwald Europas bedroht
- 25 Jahre Vogelschutzrichtlinie
- Newsticker

## 24 Verkehr, Tourismus

- Alpenkonvention wirkt nur teilweise
- Verkehrsvermeidung kein Thema
- Nordamerika: Mehr Spar-Autos

## 26 Wasser, Meere

- Meeresschutz bleibt unverbindlich
- UN verpasst Chance für Tiefseeschutz
- Ölpest: Noch kein EU-Strafrahmen
- Newsticker

## 29 Service

- Veröffentlichungen, Ausschreibungen, Termine

## Sonderteil

EUR-Sonderteil: Die EU-Kommission  
(separate Heftung)

## NGOs gegen bilaterales Freihandelsabkommen

### TRIPS Plus begünstigt EFTA-Länder gegenüber afrikanischen SACU-Staaten

Die Erklärung von Bern<sup>1</sup> forderte Anfang November in Zürich gemeinsam mit 56 weiteren Organisationen die Handels- und Außenminister der EFTA-Länder Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island auf, in den Verhandlungen für ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den Staaten des südlichen Afrika (SACU) auf jegliche Bestimmungen zum Geistigen Eigentum zu verzichten. Die von der Schweizer Regierung, dem Bundesrat, bereits angekündigten Bestimmungen hätten negative Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheitsversorgung und die Ernährungssicherheit im südlichen Afrika.

### Geistiges Eigentum gefährdet: negative Auswirkungen befürchtet

Zur Zeit werde zwischen der EFTA und der südafrikanischen Zollunion (SACU: Südafrika, Lesotho, Namibia, Botswana, Swasiland) ein bilaterales Freihandelsabkommen ausgehandelt. Die Verhandlungen sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. In Antworten auf zwei Interpellationen<sup>2</sup> habe der Schweizer Bundesrat im September bekräftigt, auch Bestimmungen zum Geistigen Eigentum aufzunehmen, welche über das TRIPS<sup>3</sup>-Abkommen der WTO hinausgehen (TRIPS-Plus), kritisiert die EvB.

**TRIPS-Plus mit direkten Konsequenzen**  
Bestimmungen zum Geistigen Eigentum in Freihandelsabkommen reduzierten die Freiheit der südlichen Länder, ihre Gesetzgebung zum Geistigen Eigentum spezifisch an ihre Bedürfnisse anzupassen und hätten deshalb direkte Konsequenzen auf die Ernährungssicherheit und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

1 Die Erklärung von Bern (EvB) ist eine parteipolitisch und konfessionell unabhängige Organisation (Verein) für solidarische weltweite Entwicklung. Die Erklärung von Bern wurde im Jahr 1968 von Theologen in Form eines Manifestes über "die Schweiz und die Entwicklungsländer" formuliert. 1000 Personen unterzeichneten dieses Manifest und verpflichteten sich, 3 % ihres Einkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu spenden.

2 Eine Interpellation in der Schweiz ist vergleichbar mit einer Anfrage im Parlament. Sie ist die Aufforderung an den Schweizer Regierungsrat, über einen kantonalen Interessen betreffenden Gegenstand Auskunft zu erteilen.

3 Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights, Rechte an geistigem Eigentum

Auch die international anerkannte britische Kommission für Geistiges Eigentum (CIPR) lehne deshalb TRIPS-Plus-Bestimmungen ab, argumentierte die EvB.

### Fatale Folgen im Gesundheitsbereich und in der Landwirtschaft

Im Gesundheitsbereich erschwerten TRIPS-Plus-Bestimmungen (Schutz der Testdaten, Verlängerung der Patentschutzdauer) die schnelle Einführung von Generika<sup>4</sup>. In Ländern mit den höchsten HIV/AIDS-Verbreitungsraten der Welt (20-40 %) seien solche Bestimmungen "total unangebracht". Im Bereich der Landwirtschaft schränkten TRIPS-Plus Bestimmungen (Beitritt zur UPOV-Konvention, Schutz von Biotech-Erfindungen) die Bauernrechte ein, insbesondere das Recht, Saatgut aus der eigenen Ernte wieder zu verwenden, kritisiert die EvB. Bis jetzt dominierten in den SACU-Staaten informelle Versorgungssysteme, bei denen Saatgut aus der eigenen Ernte rund 90 % des verwendeten Saatgutes ausmache. Strengere Bestimmungen über Geistiges Eigentum würden diese Systeme und die Biodiversität in der Landwirtschaft zerstören.

Die 57 Organisationen erklärten in ihrem Brief an die zuständigen Minister, der Versuch, im Abkommen mit den SACU-Staaten TRIPS-Plus-Bestimmungen zu verankern, schaffe Vorteile für die eigene Industrie, setze aber das Ansehen der Schweiz, von Liechtenstein, Norwegen und Island aufs Spiel. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, CH-8031 Zürich  
Tel. 0041 1 / 277700-0, Fax -1  
eMail: [info@evb.ch](mailto:info@evb.ch)  
[www.evb.ch](http://www.evb.ch)

Brief im Wortlaut:  
[www.evb.ch/index.cfm?page\\_id=3211](http://www.evb.ch/index.cfm?page_id=3211)

4 Arzneimittel, die einem bereits auf dem Markt zugelassenem Markenpräparat in der Zusammensetzung gleichen (tragen als Namen meist die Wirkstoff-Bezeichnung).

## Weltbank-Konsultation geplatzt

### Nichtregierungsorganisationen fordern grundlegende Änderung im Prozess

Eine für den 3. November in Berlin geplante Konsultation der Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation) ist kurzfristig abgesagt worden, weil Nichtregierungsorganisationen (NGOs) geschlossen ihren Boykott angekündigt hatten. Gestritten wird um die Überarbeitung der Umwelt- und Sozialstandards des IFC. Die NGOs befürchten, dass die Standards zu Gunsten der Industrie aufgeweicht werden sollen.

Ihren Boykott der Gespräche begründeten die Organisationen damit, dass die Weltbank kein ernsthaftes Interesse an einer Auseinandersetzung mit der Zivilgesellschaft habe. "Zu den ersten regionalen Konsultationen in Brasilien und auf den Philippinen wurde höchst undurchsichtig eingeladen. Relevante Dokumente, über die diskutiert werden sollte, waren nicht zugänglich oder lagen erst zwei Tage im voraus in der richtigen Übersetzung vor", kritisierte Knud Vöcking von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald. Dies sei "bestenfalls Beschäftigungstherapie", verdiene aber nicht die Bezeichnung Konsultation.

### Umwelt- und Sozialstandards müssen verbessert werden

Die Kritik am Prozess schein angekommen zu sein, da die Konferenz abgesagt wurde. Nun müssten aber substantielle Änderungen am Prozess folgen, forderte Vöcking, sonste bleibe der Eindruck bestehen, dass "im Höchsttempo die Regeln einer öffentlichen Institution verwässert" werden sollten.

Die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul soll sich nun dafür einsetzen, dass die Reform der IFC-Umwelt- und Sozialstandards zu einer Verbesserung führt. Deutschland ist drittgrösster Anteilseigner bei der Weltbank und hat damit eine wichtige Stimme. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Urgewald e.V., Knud Vöcking, Von-Galen-Straße 4, 48336 Sassenberg  
Tel. 02583-9189934, Fax -4220  
eMail: [knud@urgewald.de](mailto:knud@urgewald.de)  
[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)

## 50 Organisationen kritisieren Einfluss von Konzernen auf EU

### Offener Brief an Kommissionspräsident Barroso

In einem Offenen Brief an José Manuel Barroso forderten Ende Oktober mehr als 50 Organisationen aus ganz Europa, den "exzessiven Einfluss industrieller Lobbygruppen auf die EU-Politik einzuschränken". Die Unterzeichner/innen schlugen vor, alle Wirtschaftsbeziehungen der an Gesetzgebungsverfahren der EU beteiligten Personen offen zu legen. Für EU-Kommissare, die in die Industrie wechseln wollen, solle eine Sperrfrist gelten. Lobbyorganisationen und PR-Firmen müssten nach US-Vorbild verpflichtet werden, regelmäßig Berichte über ihre Tätigkeit, ihr Budget und ihre Klienten zu publizieren und in allgemein zugänglichen Datenbanken offen zu legen.

### Blockiert industriefreundliche EU-Kommission Umweltgesetze?

Die Kritiker monieren darüber hinaus die zunehmend industriefreundliche Ausrichtung der EU-Kommission, die sie sich unter anderem in dem Ansinnen zeigt, Verbraucherschutz- und Umweltgesetze künftig auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit zu prüfen. Schließlich fordern die Organisationen, den privilegierten Zugang von Lobbyorganisationen wie European Roundtable of Industrialists, European Services Forum oder Trans Atlantic Business Dialogue zur EU-Kommission zu unterbinden. Unterzeichnet haben den Brief unter anderem der BUND, Greenpeace Europe, Friends of the Earth England und Attac.

### Tausende Lobbyisten auf der Lohnliste von Unternehmen

Allein in Brüssel arbeiten 15.000 Lobbyisten, die zum größten Teil auf der Lohnliste von Unternehmen und Lobbyverbänden stehen. Häufig träten sie als "Experten" oder "Verbraucherschützer" auf, ohne ihre Kontakte zu PR-Firmen, Konzernen oder wirtschaftlichen Interessensgruppen offen zu legen, kritisierten die Verfassers/innen. Verbesserungen der Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Gesetzgebung würden so regelmäßig geschwächt oder blockiert. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

[www.corporateeurope.org/barroso.html](http://www.corporateeurope.org/barroso.html)

## EU-Verfassung unterzeichnet - Echo gemischt

### Prodi: EU wird demokratischer, effizienter und transparenter

Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union trafen sich am 29. Oktober in Rom, um die Europäische Verfassung zu unterzeichnen. Romano Prodi, Präsident der scheidenden EU-Kommission, berief sich in seiner Rede auf die Hoffnung der "Gründerväter Europas", die 1957 am gleichen Ort zusammengetreten waren: die Europäische Union werde mit dieser Verfassung die "treibende Kraft für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen ihrer Völker und für den Frieden in der Welt" und außerdem demokratischer, effizienter und transparenter werden. In den nächsten Monaten sollen die 25 Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die Parlamente oder das Volk die EU-Verfassung ratifizieren.

### Referenden in mindestens 11 Staaten, Litauen hat bereits ratifiziert

Das litauische Parlament hat den EU-Verfassungsvertrag bereits am 11. November mit 84 gegen vier Stimmen bei drei Enthaltungen gebilligt. Somit ist Litauen der erste Mitgliedstaat, der die EU-Verfassung - ohne ein Referendum - ratifiziert. Bisher haben Dänemark, Irland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, Tschechien, die Niederlande, Belgien, Polen und Luxemburg angekündigt, dass es in ihren Ländern ein Referendum zur EU-Verfassung geben wird. Das erste Referendum wird voraussichtlich im Februar 2005 in Spanien stattfinden. Das Ergebnis dieser Volksabstimmungen ist, insbesondere in Großbritannien, Dänemark, Frankreich und den Niederlanden, alles andere als sicher. Was passieren wird, wenn einer oder mehrere EU-Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ablehnen, ist noch unklar.

### "Mehr Demokratie" fordert zeitgleiche Volksabstimmungen in jedem Land

Der Bundesverband "Mehr Demokratie e.V." befürchtet ein "partiell Legitimationsdefizit", wenn es in einigen Ländern eine Abstimmung der Bevölkerung gibt, in anderen aber nicht. "Die europäische Union könnte in eine tief greifende Krise geraten, wenn es nicht gelingt, die Entfremdung zwischen den Bürgern auf der einen und den europäischen Institutionen auf der anderen Seite zu überwinden", erklärte Vorstandssprecherin Claudine Nierth im

Vorfeld der Unterzeichnung der Verfassung.

### Internetkampagne auf neuer Plattform "Campact" gestartet

► Mehr Demokratie setzt sich mit der Kampagne "EU-Verfassung - Meine Stimme zählt!" für ein Referendum zur EU-Verfassung ein. Mitte November startete zudem mit "Campact" eine internetbasierte Kampagnenplattform. Campact will - nach dem Vorbild von MoveOn in den USA - Menschen mit wenig Zeit politische Aktivität via Internet ermöglichen. Im Internet finden sich auch elektronische Postkarten, mit denen man sich für mehr Demokratie und eine Volksabstimmung einsetzen kann. ●

### "Green 8" wollen mehr Ökologie, Attac kritisiert "Neoliberalismus"

Anlässlich der Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac scharfe Kritik an dessen Inhalten geübt. "Der Vertragstext stattet den Neoliberalismus mit den Weihen einer Verfassung aus und enthält dem Europäischen Parlament wichtige demokratische Grundrechte vor", sagte Stephan Lindner von der bundesweiten EU-AG von Attac. Die Unterzeichnung sei kein Grund zum Feiern. Die auf EU-Ebene aktiven großen Umweltverbände ("Green 8") fordern seit Beginn der Arbeit des Verfassungskonvents eine "grünere Verfassung" (EUR Sonderteil 09.03). (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 420823-70, Fax -80  
eMail: [presse@mehr-demokratie.de](mailto:presse@mehr-demokratie.de)  
[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)

Attac, EU-AG, Stephan Lindner, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt a. M.  
Tel. 0176 / 24342789  
Fax 069 / 900281-99  
Newsletter zur EU-Verfassung:  
[www.attac.de/eu-ag/bilder/newsletter\\_07.pdf](http://www.attac.de/eu-ag/bilder/newsletter_07.pdf)

Internetkampagne:  
[www.meine-stimme-zaehlt.de](http://www.meine-stimme-zaehlt.de)  
[www.campact.de](http://www.campact.de)

Quellen: <http://europa.eu.int/rapid>  
(Reference: SPEECH/04/479),  
Euractiv 16.11.2004

## Lissabon-Strategie: Bewertung "mangelhaft"

### Kok-Bericht verlangt mutige Reformen - aber in die falsche Richtung

Eine hochrangige Expertengruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok hat der EU-Kommission am 3. November ihre Bewertung der Lissabon-Strategie vorgestellt. Der Bericht kritisiert mangelnde Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie und nennt als Gründe die "überfrachtete Agenda, eine mangelhafte Koordination und miteinander konfligierende Prioritäten". In dem Bericht heißt es weiter: "Bei der Lissabon-Strategie geht es um alles und damit im Grunde um nichts. Verantwortlich ist jeder und damit im Grunde niemand. Das eigentliche Ziel der Strategie hat man vielfach aus den Augen verloren. Eine ehrgeizige umfassende Reformagenda braucht einen klaren roten Faden, denn nur so kann sie überzeugend ihre eigene Notwendigkeit vermitteln."

### Beschäftigungsrate stagniert

Generell konzentriert sich der Bericht sehr stark auf Wachstum und Beschäftigung - sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung kommen nur am Rande vor. Dass gegenwärtig EU-weit Millionen von Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut abrutschen, hätte viel stärker thematisiert werden müssen. So laufen Hartz IV in Deutschland und die damit verbundenen geplanten Ein-Euro-Jobs den (wirtschaftlichen) Zielen der Lissabon-Strategie entgegen: Die EU-Kommission hat sich eindeutig gegen die Schaffung eines Niedriglohnsektors ausgesprochen, den sie als "nicht nachhaltig" bezeichnet.

Der Kok-Bericht kritisiert, dass ein Kernziel der Lissabon-Strategie - die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen - verfehlt wurde. Zwar stieg die allgemeine Beschäftigungsrate von 62,5 % im Jahr 1999 auf 64,3 % im Jahr 2003, die Schaffung neuer Arbeitsplätze jedoch geriet im Jahr 2003 gänzlich ins Stocken und die Zielsetzung, die Beschäftigungsrate bis 2010 auf 70 Prozent anzuheben, wird kaum erreichbar sein.

### Umweltpolitik nur Randthema

Umweltpolitik spielt zwar eine Rolle innerhalb des Berichts, allerdings nur in der üblichen Verknüpfung mit der Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung: "Sozialer Zusammenhalt und nach-

haltige Umweltentwicklung können zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen."

Mit der Veröffentlichung des Kok-Berichts endeten auch die Konsultationen zur europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Die EU-Kommission wird Anfang 2005 die konkreten Ergebnisse vorstellen; schon jetzt lässt sich allerdings sagen: Es mangelt an verbindlichen strukturellen Veränderungen begleitet von konkreten Maßnahmen und Regelmechanismen, mit denen das Leitbild erstens konkretisiert und zweitens in alle Politikfelder getragen werden kann.

Die Umweltintegrationsstrategie nimmt je nach Politikfeld wenig konkrete Formen an. Herkömmliche Politikmuster werden nicht hinterfragt, was die Entwicklung von zukunftsfähigen Visionen für ganze Politikbereiche behindert. In einigen Fällen hat sich die Situation sogar verschlechtert, wie beim fortschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt oder dem ansteigenden Flug- und Straßenverkehr. Auch die Zukunft der Chemikalien-Reform REACH ist noch immer nicht gesichert.

### Einzelinteressen statt Hinterfragen von Produktions- und Konsummustern

Gleiches gilt für die Klimapolitik: viele europäische Gesetzesinitiativen werden entwickelt, ohne ihre Klimaauswirkungen zu berücksichtigen - trotz oder gerade wegen der Folgenabschätzungen, die die Nachhaltigkeitsstrategie fordert. Typische Beispiele sind große Infrastruktur-Projekte oder die Fortsetzung von Subventionen für fossile Brennstoffgewinnung, insbesondere die Kohleförderung.

Dabei ist es ein grundlegendes Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, die derzeitigen Produktions- und Konsummuster in der EU zu verändern. Nachhaltigkeitspolitik sollte sich neben der Lösung der eigentlichen Umwelt- und Sozialprobleme vor allem für die Änderung der Rahmenbedingungen einsetzen. Die Frage, die sich daraus ergibt, und für die die EU eine Lösung finden muss, ist: Warum gelingt es nicht, die rechtlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nachhaltig umzugestalten? Ein Grund liegt mit Sicherheit darin, dass sich Partikularinteressen permanent auf Kosten des Allgemeinwohls durchsetzen. ■

Nika Greger, DNR Berlin

## Newsticker

### Europäischer Rat: Wettbewerbsfähigkeit bleibt Hauptziel

Das Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 4./5. November ist mit einem Reformpaket für die Justiz- und Innenpolitik sowie dem Beschluss einer Neuausrichtung der Konjunkturstrategie zu Ende gegangen. Der Europäische Rat bekräftigte die Gültigkeit und Bedeutung des im März 2000 in Lissabon eingeleiteten Prozesses, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert werden soll. Die bisherige Strategie müsse überarbeitet und dabei sowohl die wirtschaftliche und soziale als auch die umweltpolitische Dimension einbezogen werden. Als konkrete Maßnahmen wurden die Reform des Stabilitätspakts und der sozialen Sicherungssysteme genannt. Auf dem Frühjahrsgipfel 2005 soll eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der Strategie gezogen werden. (jg)

Quelle: [http://ue.eu.int/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/82614.pdf](http://ue.eu.int/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/82614.pdf)

### Britisches Parlament fordert Regierung zu "grünem Handeln" auf

Wenn es nach den britischen Parlamentsausschüssen geht, soll die Regierung die Präsidentschaften im Europäischen Rat (2. Halbjahr 2005) und bei den G8-Staaten dazu nutzen, die Umweltpolitik zu stärken. Ein Ausschuss forderte das Ende der ökologisch und sozial "unverantwortlichen" Schiffsdemontage in Drittweltländern, ein anderer die Einbeziehung von Flugverkehrsemissionen in das EU-CO<sub>2</sub>-Handelssystem. (jg)

Quelle: Environment Daily, 11.11.2004

### EU-Politik ist Attac-Schwerpunkt 2005

Ende Oktober hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac beschlossen, sich auf die EU-Politik - neben den bisherigen Themen Welthandel/WTO und Sozialabbau - als Schwerpunkt für die Arbeit im nächsten Jahr zu konzentrieren. Die Attac-Mitglieder verabschiedeten eine Resolution gegen den vorliegenden Entwurf der EU-Verfassung und befürworteten eine Aufklärungs- und Unterschriftenkampagne. Zudem will sich Attac an einer europaweiten Kampagne gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie ("Bolkestein-Richtlinie") und an einer EU-weiten Demonstration am 19. März 2005 in Brüssel beteiligen. (jg)

Quelle: [www.attac.de/presse/presse\\_ausgabe.php?id=383](http://www.attac.de/presse/presse_ausgabe.php?id=383)



## Kohäsionspolitik: Wo bleiben die EU-Milliarden?

### WWF fordert umweltorientierte und nachhaltige EU-Förderpolitik

Nach aktuellen Vorschlägen der Europäischen Kommission sollen von 2006 bis 2013 über 300 Mrd. Euro zur Umsetzung der Kohäsionspolitik bereitgestellt werden.<sup>1</sup> Damit werden die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds zum größten Ausgabenposten des EU-Haushalts. Die WWF-Organisationen in Europa setzen sich für eine umweltorientierte und nachhaltige Fördermittelvergabe ein. Der WWF will erreichen, dass die neuen Verordnungen und Maßnahmen der Kohäsionspolitik für 2007-2013 auf eine nachhaltige Entwicklung ausgelegt werden und so die Finanzierung von Umweltschutz und Naturschutz ermöglichen.<sup>2</sup>

### Bedürftigste Regionen Europas erhalten Förderung

Nach der EU-Erweiterung um zehn neue Mitglieder steht die Ausgestaltung und Finanzierung der künftigen EU-Regionalpolitik zur Unterstützung der bedürftigsten Regionen aus dem gemeinsamen EU-Haushalt an. Das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der EU hat sich mit der Erweiterung um ein Vielfaches vergrößert. Die auf Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zwischen den Regionen ausgerichtete Kohäsionspolitik steht dadurch vor enormen Herausforderungen. Insgesamt werden fast 80 % der Mittel in den am wenigsten entwickelten Regionen eingesetzt werden. Nicht nur die zehn neuen Staaten werden davon profitieren; auch Deutschland, das für 2000-2006 rund 30 Mrd. Euro EU-Mittel erhält, wird vor allem in den neuen Bundesländern reichlich aus dem EU-Haushalt für Regionalpolitik unterstützt werden.

### Kernbereiche der zukünftigen Kohäsionspolitik

Vier im Juli von der Kommission vorgelegte Verordnungen<sup>3</sup> bilden den Kern der

neuen Kohäsionspolitik. Sie werden derzeit auf der Ebene der Mitgliedstaaten verhandelt und sollen bis Ende 2005 verabschiedet werden. Danach werden sie die Grundlage der Regionalpolitik in der EU bilden. Die EU-Kommission will die Förderziele stärker an die politischen Prioritäten der EU anlehnen, also an die Ziele von Lissabon (Wettbewerbsfähigkeit und wissensbasierte Gesellschaft) und Göteborg (Nachhaltige Entwicklung).

### Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, territoriale Zusammenarbeit

Nach den Verordnungsvorschlägen soll die Förderung auf drei Ziele ausgerichtet werden:

- Konvergenz: für ein beschleunigtes Wachstum in den am wenigsten entwickelten Regionen (größte Mittelbindung)
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: für den Strukturwandel in den Bereichen Wirtschaft und Soziales in allen übrigen Regionen
- Europäische territoriale Zusammenarbeit: für integrierte räumliche Entwicklung im Sinne der EU-Prioritäten durch grenz- und regionenüberschreitende Zusammenarbeit (kleinstes Budget)

### Primäres Ziel Wirtschaftswachstum, doch auch Positives für Umwelt

Auch wenn diese Ziele primär fast ausschließlich auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind, lassen sich auch positive Anzeichen für die Umweltseite feststellen: Die Kohäsionspolitik macht vielfach deutlich, dass nachhaltige Entwicklung zu den strategischen Prioritäten zählt. Innerhalb der drei Hauptziele zählen Maßnahmen zum Umweltschutz, zur Verbesserung der Umweltsituation und zur Risikoprävention zu den Prioritäten im Förderspektrum. Zum ersten Mal werden die Finanzierung von Natura 2000, nachhaltigem Verkehr und erneuerbaren Energien und Technologien als förderfähig benannt.

### Alles eine Frage der Umsetzung

Diese Punkte sind aus Umweltsicht durchaus positiv. Klar muss allerdings sein, dass die Kommissionsverordnungen nur einen Rahmen der Förderung darstellen. Erst in ihren nationalen Strategien und den operationellen Programmen für die einzelnen Fonds und Regionen klären die Mitgliedsländer, wie die EU-Milliarden tatsächlich ausgeben werden.

KOM(2004)493, Verordnung über den Fonds für Regionalentwicklung KOM(2004)495

### WWF für breite Koalition zur Durchsetzung von Umweltprioritäten

Der WWF hält eine breite Koalition von regionalen Umweltverwaltungen und -verbänden für dringend notwendig, die sich auf allen Ebenen für klare Umweltprioritäten in der Kohäsionspolitik einsetzt. Nur so können Fördermöglichkeiten für die Umwelt auch in der Praxis wirken.

### Generelle Forderungen

Damit die neue Kohäsionspolitik einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten kann, sollten aus Sicht des WWF folgende Punkte stärkere Beachtung finden:

- Integration der Umweltdimension in alle Fördermaßnahmen;
- Bindung der Fördermittel an die Umsetzung von EU-Recht;
- partnerschaftliche Einbindung von Nichtregierungsorganisationen und Umweltverbänden in alle Stufen der Planung;
- effektive Kontrolle der Umweltauswirkungen aller Planungen, Programme und Maßnahmen.

### Vorrangige Umweltthemen

Eine Politik nach diesen Prinzipien kann auch klare und messbare Umweltziele verfolgen. Der WWF sieht vor allem drei Umweltthemen, die eine nachhaltige Kohäsionspolitik beinhalten muss:

- Erhaltung von Biodiversität, indem das Natura-2000-Netzwerk gefördert wird,
- Erhalt von Flüssen und Feuchtgebieten durch Einhaltung und Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bei wasserwirtschaftlichen Investitionen,
- Erreichen der Kioto-Ziele, indem emissionsreduzierende Maßnahmen und erneuerbare Energien gefördert werden.

Für diese Prioritäten wird sich der WWF in der neuen Förderperiode einsetzen. Wir hoffen, dass uns die Umsetzung einer nachhaltigen Kohäsionspolitik gemeinsam mit vielen Umweltverbänden und -behörden in der Praxis gelingen wird. ■

Gastautor: Peter Torkler, WWF

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Vertretung in Berlin, Peter Torkler, EU-Erweiterung & Regionalpolitik, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-15, Fax -50  
eMail: torkler@wwf.de  
www.wwf.de

1 "Die Kohäsion am Wendepunkt 2007. Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Kohäsionspolitik (2007-2013)": [http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docgener/informat/info\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/informat/info_de.htm)

2 WWF-Position zum Entwurf der EU-Kommission und weitere Positionen der Koalition für nachhaltige EU-Fördermittel: [www.coalition-on-eufunds.org](http://www.coalition-on-eufunds.org)

3 Allgemeine Verordnung KOM(2004)492, Verordnung über den Kohäsionsfonds KOM(2004)494, Verordnung über den Europäischen Sozialfonds

## Thematische Strategie zur Städtischen Umwelt

### Umwelteffizienz und Lebensqualität sollen verbessert werden

Die Europäische Kommission bereitet eine Thematische Strategie zur Städtischen Umwelt vor.<sup>1</sup> Die Strategie zielt auf die Verbesserung der Umwelteffizienz und Lebensqualität in Städten (EUR 07.04, S. 11). Damit soll ein europäischer Rahmen für kommunale Nachhaltigkeitspolitik für den städtischen Raum geschaffen werden, der Ziele und Maßnahmen lokalen Entscheidungen vorbehält. Konkretisiert wird dies in vier Nachhaltigkeitsbereichen: Kommunalpolitik, Stadtverkehr, Bauen, Stadtgestaltung.

Zur Realisierung wird vorgeschlagen, für Städte und städtische Gebiete mit mehr als 100.000 Einwohnern verpflichtend vorzuschreiben,

- einen Umweltmanagementplan für nachhaltige städtische Umwelt aufzustellen und mithilfe eines Umweltmanagementsystems umzusetzen,
- einen Plan für nachhaltigen städtischen Nahverkehr mit konkreten Zielen aufzustellen.

### Konsultationsprozess läuft, Juni 2005 soll das Parlament entscheiden

Die EU-Kommission hatte Anfang 2004 europäische Interessengruppen zur Teilnahme an einem Konsultationsprozess eingeladen. Bis zum Jahresende erarbeiteten Expertengruppen zu den Themen "Umweltmanagementpläne und -systeme", "Nachhaltiger Stadtverkehr" und "Forschungs- und Trainingsbedarf" sowie ein erweitertes Forum für Interessengruppen Empfehlungen zur Strategie. Diese werden der Kommission und den Mitgliedstaaten vorgelegt. Im Juni 2005 soll die Strategie nach eingehender Beratung durch das Europaparlament verabschiedet werden.

### Beteiligung in Deutschland könnte besser sein, Kommentare erwünscht

Vertreten in den verschiedenen Arbeitsgruppen sind Städte und Gemeinden, ihre Mitgliedsorganisationen, Dachverbände und Netzwerke genauso wie nationale Regierungen, Forschungsinstitute und Nichtregierungsorganisationen. Alle Arbeitspa-

piere sind auf einer Internetseite veröffentlicht.<sup>2</sup>

► Leider nutzten bislang vergleichsweise wenige deutsche Organisationen die Chance, die künftige EU-Politik für Städte und Gemeinden mitzugestalten. Doch besteht noch immer die Möglichkeit, Kommentare zu den einzelnen Vorschläge per eMail einzureichen.<sup>3</sup>

### ICLEI-Mindestanforderungen im kommunalen Umweltmanagement

Die Kommission nimmt diesen Prozess ernst. Alle Beiträge und Kommentare sind wichtige Bausteine und abwägungsrelevante Argumente im Prozess zur Entwicklung der Thematischen Strategie. So konnte das Städtenetzwerk ICLEI - Local Governments for Sustainability Empfehlungen für Mindestanforderungen einbringen, die eine neue Qualität im kommunalen Umweltmanagement entfalten würden: regelmäßige Einbeziehung der Politik, Beteiligung von Interessengruppen bei der Formulierung von Indikatoren und Zielen.

### Umweltmanagement vorteilhaft für Nachhaltigkeit, Beteiligung zögerlich

Heute besteht weitgehend Einigkeit über die Potenziale und Vorzüge von Umweltmanagementsystemen hinsichtlich ihrer Effizienz, Wirksamkeit und Transparenz. Erfahrungen zeigen, dass damit die Berücksichtigung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten in kommunalpolitische Entscheidungen befördert, der Umsetzungsstau für Umweltregelungen aufgelöst und die Beteiligung von Bürger/innen verbessert werden. Trotz dieser Vorteile sind bislang kaum 120 der rund 100.000 europäischen Kommunen mit einigen Verwaltungsämtern und Standorten beim gegenwärtig freiwilligen EU-Öko-Audit "EMAS" registriert - nicht einmal 10 als gesamte Kommune. 11 weitere Kommunen in Europa nutzen "ökoBudget" als Umweltmanagementsystem. Viele Kommunen wären an einer Einführung interessiert, verweisen jedoch auf die wegen bestehender finanzieller Restriktionen notwendige Begrenzung auf kommunale Pflichtaufgaben.

<sup>2</sup> [http://europa.eu.int/comm/environment/urban/preparatory\\_work.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/urban/preparatory_work.htm)

<sup>3</sup> Alle Kommentare im Internet: <http://europa.eu.int/comm/environment/urban/communication.htm>  
Eigene Kommentare an: [env-urban-environment@cec.eu.int](mailto:env-urban-environment@cec.eu.int)

### 450 Vorreiter-Kommunen können Schub für Umweltqualität auslösen

Eine Verpflichtung der 450 größten Kommunen - die dazu sicher auch wirtschaftlich in der Lage sind - könnte einen Nachahmungseffekt und damit einen Schub für mehr Umweltqualität erzeugen. Doch noch begegnen EU-Mitgliedstaaten den Vorschlägen und insbesondere der Einführung neuer Planwerke mehrheitlich kritisch. Sie verweisen auf das Subsidiaritätsprinzip und mögliche Lasten aus zusätzlichen Verpflichtungen. Sie vernachlässigen, dass sich die Vorschläge lediglich auf die etwa 450 größten Städte der EU beziehen, die eine solche Aufgabe strukturell, finanziell und personell bewältigen können und zumeist auch schon mit Umweltmanagementinstrumenten und -systemen arbeiten.

### EMAS und ökoBudget können die Umsetzung erleichtern

Andere Staaten, verschiedene Kommunalverbände sowie Städte und Gemeinden und auch ICLEI begrüßen dagegen ausdrücklich eine Verpflichtung für Umweltmanagementsysteme wie EMAS oder ökoBudget als umsetzungs- und handlungsorientierte Instrumente. Verknüpft wird dies mit Forderungen nach einer gezielten Unterstützung für Kommunen durch finanzielle Anreize, Trainingsangebote und die Organisation von Erfahrungsaustauschen. Auf der anderen Seite wird eine Vereinfachung, Anpassung und Flexibilisierung der bestehenden EMAS-Regelungen gefordert, um diese besser auf die Bedürfnisse von Städten und Gemeinden zuzuschneiden. ■

Gastautor: Holger Robrecht, ICLEI-Europasekretariat, EU-Arbeitsgruppe Städtische Umweltmanagementpläne und -systeme

### • Weitere Informationen

ICLEI - Local Governments for Sustainability, Holger Robrecht, Direktor des Arbeitsbereiches Nachhaltigkeitsmanagement, Europasekretariat, Leopoldring 3, 79098 Freiburg/Br.  
Tel. 0761 / 36892-0, Fax -59  
eMail: [holger.robrecht@iclei-europe.org](mailto:holger.robrecht@iclei-europe.org)  
[www.iclei-europe.org](http://www.iclei-europe.org)

EU-Seiten Städtische Umwelt (Strategie, Arbeitspapiere, Konsultation): [http://europa.eu.int/comm/environment/urban/home\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/urban/home_en.htm)

<sup>1</sup> KOM(2004)60  
[http://europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic\\_strategy.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/urban/thematic_strategy.htm)

## Behördenunterstützung für regionale Produkte möglich

### UBA-Studie untersuchte Rechtsfragen - freier Binnenmarkt unbeeinträchtigt

Das deutsche Umweltbundesamt stellte Mitte November auf einem Workshop in Brüssel seine neue Studie zu Rechtsfragen der staatlichen Unterstützung regionaler Produkte vor. Demnach können EU-Behörden rechtmäßig und ohne mit den Regelungen zum freien Warenverkehr in Konflikt zu geraten (Artikel 28 EU-Vertrag) regionale Produkte fördern. Das europäische Binnenmarktrecht gebe den Mitgliedstaaten erhebliche Spielräume, um sich aus Umweltschutzgründen für regionale Produkte einzusetzen.

Zulässig sind demnach z. B. private Gütesiegel, die mit staatlicher Billigung damit werben, dass beim Transport eines regionalen Produkts weniger Schadstoffe entstehen. Der Staat darf aber auch ganz allgemein über die Vorteile regionaler Produkte aufklären und vor allem Lebenszyklusanalysen veröffentlichen.

Der Konsum regionaler Produkte sei besser für die Umwelt und das Klima, fördere regionale Wirtschaftskreisläufe und sei auch gesünder, weil Lebensmittel frischer sind, wenn sie nicht so lange Wege zurücklegen. Es sei daher sinnvoll, dass ein Staat regionale Produktkreisläufe z. B. durch regionale Marketingkampagnen, finanzielle Hilfen für die regionale Produktion oder regionale Umweltqualitätssiegel unterstützt. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Studie: "Staatliche Unterstützung für regionale Produkte - Eine rechtliche Analyse", UBA-Texte 42/04, 124 Seiten, kostenlos, ISSN 0722-186X  
Hrsg./Bezug: UBA/ZAD, PF 330022, 14191 Berlin, Fax 030 / 8903 2912, eMail: [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de)

Download der Studie als PDF-Datei:  
[www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2807.pdf](http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2807.pdf)

Quelle: Environment Daily, 12.11.2004

## Revision der Altöl-Richtlinie

### Vorrang für Aufbereitung von Altöl zu Basisöl wird in Frage gestellt

Im Zuge der geplanten Überarbeitung der Altöl-Richtlinie wird der Aufbereitung gegenüber anderen Methoden wie der thermischen Verwertung womöglich kein Vorrang mehr eingeräumt werden. Die EU-Altöl-Richtlinie zum Sammeln und Aufbereiten von Altöl von 1975, zuletzt geändert 1987 (87/101/EWG), definiert Altöl als besonders überwachungsbedürftigen Abfall und sieht vor, dass Altöl vorrangig zu Basisöl für Schmierstoffe verarbeitet werden soll. Die Kommission will nun über Sinn und Zweck dieser Vorgabe diskutieren und verweist darauf, dass die Aufbereitung zu Basisöl bereits 2001 in einem Beratungspapier der Kommission nicht eindeutig als beste Lösung identifiziert werden konnte. Mittels Fragebogen werden die Mitglieder derzeit um ihre Meinung zur Altöl-Aufbereitung gebeten. Möglicherweise wird es den Mitgliedstaaten in Zukunft wieder freigestellt sein, wie sie ihr Altöl entsorgen.

### Ökologischer Nutzen nicht belegbar

Eine Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2000 konnte keine begründete Rangfolge der Ökobilanzen bei den verschiedenen Verwertungsverfahren (die Aufbereitung zu Grundöl oder zu Heizölen, die Druckvergasung und die Hochtemperaturverbrennung) feststellen. Keines der betrachteten Verfahren habe herausragende Umweltvorteile gegenüber den anderen Verfahren aufgewiesen.

### Nationale Umsetzung mangelhaft

Obwohl die Richtlinie bereits 25 Jahre Bestand hat, werden nach wie vor lediglich 4-5 % der in den EU-15 verkauften Schmiermittel aus der Aufbereitung von Altöl gewonnen. Deutschland, Schweden und Großbritannien wurden bereits vom Europäischen Gerichtshof wegen mangelnder Umsetzung der Richtlinie verurteilt. Rund 1 Mio. t wird überhaupt nicht erfasst - eine Menge, die ausreicht, um das gesamte Trinkwasser Europas zu verseuchen. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Studie zur Ökobilanz von Altölverwertungsverfahren:  
[www.bmu.de/files/altoel\\_verw.pdf](http://www.bmu.de/files/altoel_verw.pdf)

## Verpackungsrichtlinie in der Überprüfung

### Studie zur Umsetzung der Richtlinie 94/62/EG in der Kritik

Die Deutsche Mehrweg-Allianz hat sich am 10.11. in einer Stellungnahme zu dem kürzlich veröffentlichten Studienentwurf "zur Umsetzung der Richtlinie zu Verpackungen und Verpackungsabfällen und die Optionen, Vermeidung und Wiederverwendung von Verpackungen zu stärken" geäußert. Es war die zweite Möglichkeit, sich zum künftigen Umgang mit Verpackungen in der EU zu äußern. Die Studie ("Final Report") kommt im Juni heraus, sie dient zur Vorbereitung zur Revision der Verpackungsrichtlinie 2006.

### Mehrweg in Europa kein Thema mehr?

Hauptkritikpunkt der Allianz ist, dass der Studienentwurf auch in der zweiten Überarbeitung keine konkreten Vorschläge zur Förderung von Mehrweg enthält. Immerhin sei dies eine Verbesserung zum ersten Entwurf, wo Mehrweg als Möglichkeit gar nicht vorkam, sondern höchstens als regional mögliche Maßnahme verstanden wurde. Derweil propagiere die Verpackungslobby, dass Mehrweg nicht ökologischer sei als Einweg und dabei den freien Warenverkehr behindere. Die Argumentation, insbesondere auch die Verwendung von Ökobilanzen als Begründung sei jedoch weder transparent noch stichhaltig. Eine an Mehrwegsystemen geäußerte Kritik sind beispielsweise die hohen internen Kosten bei Mehrwegsystemen. Umweltverbände sehen dieses als ein Zeichen für ökologische Optimierung, da die externen Kosten der Mehrwegsysteme im Vergleich zu Einweg-Systemen gering seien. Die EU-Verpackungspolitik müsse auf einer fairen Balance zwischen politischen, ökonomischen und Umweltprioritäten beruhen - und dürfe nicht per se zugunsten der Einwegsysteme verschoben werden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe, Abfallexpertin  
Eva Leonhardt, Hackescher Markt 4,  
10178 Berlin,  
Tel. 030 / 258986-12, Fax -19  
eMail: [leonhardt@duh.de](mailto:leonhardt@duh.de)

## Nickel-Cadmium-Batterien bald verboten?

### EU-Staaten diskutieren Ausstieg aus Batterien mit Schwermetall NiCad

Letztes Jahr hat die EU-Kommission in einem Vorschlag hohe Recycling-Raten für Nickel-Cadmium-Batterien empfohlen (EUR 05.04, S. 24) - nun diskutieren die einzelnen Regierungen über einen von der niederländischen Ratspräsidentschaft ausgearbeiteten Entwurf für ein Verbot der schwermetallhaltigen Batterien. Auch der Umweltausschuss des Parlaments und Umweltverbände hatten sich für ein Verbot ausgesprochen. Industrieverbände wehren sich gegen den Vorstoß (dabei sind Industrie-Batterien gar nicht betroffen), auch eine Minorität von einem Drittel der Mitgliedstaaten ist gegen ein Verbot. Das Europäische Umweltbüro und Greenpeace richteten sich an die Botschafter der EU-Staaten, die zur Zeit den Umwelt-rat im Dezember vorbereiten, um den niederländischen Vorschlag zu unterstützen. Frankreich, Großbritannien, Polen und Irland wollen ein Verbot von NiCad-Batterien verhindern.

### Es gibt Alternativen - Cadmium extrem toxisch

Die Umweltverbände verweisen auf längst vorhandene Alternativen und fordern auch eine Schritt-für-Schritt-Reduktion für Industriebatterien. Cadmium reichert sich über die Nahrungskette in aquatischen Organismen und bei Verzehr auch im menschlichen Körper an. Es kann zu Nierenschäden und Knochenveränderungen kommen. Auf aquatische Organismen wirkt Cadmium in höherer Konzentration wachstumshemmend. Cadmium-Salze sind stark gewässerschädigend und vergiften die Umwelt schon in sehr geringen Konzentrationen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: Environment Daily, 8.11.2004  
[http://eu.greenpeace.org/issues/news.html#041123\\_a](http://eu.greenpeace.org/issues/news.html#041123_a)

Europäisches Umweltbüro/ European Environmental Bureau (EEB), Melissa Shinn, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1300, Fax -1099  
eMail: [melissa.shinn@eeb.org](mailto:melissa.shinn@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## Newsticker

### Studie: Umweltverantwortung rechnet sich für Unternehmen

Mehr Umweltverantwortung im Management begünstigt die finanzielle Wertentwicklung. Das ist das Ergebnis einer von der anglo-walisischen Umweltagentur in Auftrag gegebenen internationalen Studie, die im November veröffentlicht wurde. 60 Forschungsergebnisse der letzten sechs Jahre aus Europa und Nordamerika sowie 15 neue Fallstudien von Konzernen, Industriezweigen und Investmentfonds wurden untersucht: Umweltwertentwicklung und Shareholder Value hätten nicht nur eine starke Korrelation, sie bedingten sich auch gegenseitig. (jg)

Studie: [www.environment-agency.gov.uk/business/444251/444754/896550](http://www.environment-agency.gov.uk/business/444251/444754/896550)  
Quelle: Environment Daily, 9.11.2004

### Aluminiumindustrie: Bauxit-Verbrauch weiter gestiegen

Seit 1997 konnte die EU-Aluminiumindustrie Energieverbrauch und Emissionen drosseln, meldet der Branchenverband EAA. Der Bauxitverbrauch hat allerdings um 6 % zugenommen, wie auch der Aluminiumverbrauch generell. Die EEA will beim nächsten Nachhaltigkeitsbericht 2006 einen Indikator für die wiederverwerteten Rückstände einführen. Die EU-Kommission will 2005 eine Mitteilung zum Rohstoff- und Energiebedarf der EU-Metall-Industrie veröffentlichen. Beim Abbau des Alu-Rohstoffs Bauxit kommt es zu massiven Rodungen z. B. in Brasilien. Die Erzeugung verbraucht noch immer enorme Energiemengen, es entstehen hochgiftige Abfallprodukte. Aluminium lässt sich oft durch andere Materialien ersetzen. (jg)  
Quellen: Environment Daily, 26.10.04, [www.bund-dillingen.de/aktuell/alu.htm](http://www.bund-dillingen.de/aktuell/alu.htm)  
[www.eaa.net/home.jsp?content=/content.htm](http://www.eaa.net/home.jsp?content=/content.htm)

### Dosenpfandstreit geht vor Gericht, Klage aber aufgeschoben

Die EU-Kommission hat im Oktober entschieden, wegen der deutschen Pfandpflicht für Einweg-Getränkeverpackungen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben. Die Ausgestaltung der Pfandpflicht beschränke den freien Warenverkehr. Es gebe offenbar kein funktionierendes landesweites, markenübergreifendes Rücknahmesystem. Wegen der Kooperationsbereitschaft der Bundesregierung schob die Kommission den Gang zum Gerichtshof allerdings auf. Die Deut-

sche Umwelthilfe bezeichnete dies als "salamonische Lösung". (jg)

Quellen: [vista verde news](http://vista.verde.news), 20.10.04, <http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/03/1429), <http://presseportal.de/story.htx?firmid=22521> (und 19671)

### Neue Studie vergleicht Recycling-Raten von acht Materialien

Die Recyclingraten von acht verschiedenen Materialien - darunter Kunststoffe, Papier, Aluminium, Stahl, Glas und Textilien - hat das ETCW (European Topic Centre on Waste and Material Flows) in einer Studie zusammengefasst. Die Studie wurde in Vorbereitung der Thematischen Strategie zur Verminderung und zum Recycling von Abfällen erstellt. Sie enthält Daten des ETCW, der Weltbank, von Eurostat, den Mitgliedstaaten sowie Handels- und Nichtregierungsorganisationen. (jg)  
Studie: [http://waste.eionet.eu.int/Publications/Working %20documents/recycling %20report](http://waste.eionet.eu.int/Publications/Working%20documents/recycling%20report)

### Zugriff auf nationale Datenbanken zum Thema Abfall

Auf die Abfall-Datenbanken von Dänemark, der Slowakei, Estland, Irland, Österreich und Deutschland kann jetzt allgemein zugegriffen werden:  
[http://waste.eionet.eu.int/wastebase/national\\_databases](http://waste.eionet.eu.int/wastebase/national_databases)

### Thematisches Zentrum ändert Schwerpunkt und Namen

Weil Integration auch vor Abfallpolitik nicht Halt macht, ändert das ETCW (European Topic Centre on Waste and Material Flows) seine Schwerpunkte und seinen Namen. Ab 1.1.2005 wird es zum Thematischen Schwerpunktzentrum für Ressourcen- und Abfallmanagement. Es soll die Integration der beiden Felder vorantreiben, d. h. die Idee des Ressourcenmanagements soll integraler Bestandteil der Evaluation von Abfallpolitiken und -praktiken werden. Das neue Konsortium steht unter dänischer Führung, auch das Wuppertal Institut aus Deutschland, das österreichische Umweltbundesamt und andere sind beteiligt. Die Adresse bleibt gleich: European Topic Centre on Resource and Waste Management, Topic Centre of European Environment Agency, Overgaden oven Vandet 48E, 1st floor, DK-1415 Copenhagen K, Tel. 0045 / 326401-64, Fax -60, eMail: [etcw@mst.dk](mailto:etcw@mst.dk), <http://waste.eionet.eu.int> (jg) ■

## Ökologischer Landbau fördert die Biodiversität

### Studie: Vorteile von Öko-Landbau in jedem Schritt der Nahrungskette

Ökologischer Landbau fördert die Artenvielfalt in jedem Schritt der Nahrungskette: von einfachen Bakterien bis hin zu Säugetieren. Das ist das Ergebnis der bisher größten Vergleichsstudie von ökologischem und konventionellem Landbau. Frühere Studien hatten bereits ergeben, dass die Biodiversität in der Umgebung von Öko-Landbau größer ist. Die Wissenschaftler haben Datenmaterial in Europa, Kanada, Neuseeland und in den USA gesammelt, berichtet das Wissenschaftsmagazin *New Scientist*. Keine der beteiligten Forschergruppen hätten ein direktes Interesse an Öko-Landbau, weder English Nature, eine Regierungsorganisation, die sich mit dem Thema Umwelt- und Artenschutz beschäftigt, noch die Royal Society for the Protection of Birds.

Die Forscher haben 76 Einzelstudien über Veränderungen durch ökologischen Landbau verglichen, die sich auf Artengruppen (Bodenbakterien, Würmer, Käfer, Säuger und Vögel) bezogen. In 99 separaten Vergleichen von Bodenorganismen kamen 66 zu dem Schluss, dass Bio-Landbau Vorteile für die Artenvielfalt bietet. Acht ergaben das Gegenteil und 25 kamen zu gemischten Resultaten oder konnten keine Unterschiede zwischen biologischem und konventionellem Anbau feststellen. Ökolandbau bewirke vor allem die Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und Kunstdünger. Auch der Schutz von Hecken und Begrenzungen zu anderen Anbaugebieten sowie ein "wildnisfreundliches Management" war für die Entwicklung einer größeren Artenvielfalt vorteilhaft. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: [www.newscientist.com/news/news.jsp?id=ns99996496](http://www.newscientist.com/news/news.jsp?id=ns99996496) (Artikel von James Randerson, 11.10.2004)  
<http://derstandard.at/?ressort=Natur>  
13.10.2004

## Fairer Zuckerhandel: Potenzial für Armutsbekämpfung

### Oxfam-Studie: radikale Reform der EU-Zuckermarktordnung nötig

Die neue Agrarkommissarin der EU, Mariann Fischer Boel, muss die Reform der Zuckermarktordnung zur Priorität machen, forderte die internationale Hilfsorganisation Oxfam anlässlich ihres ersten Treffens mit den Landwirtschaftsministern/innen der Mitgliedstaaten. In der Ende November veröffentlichten Studie "Eine süßere Zukunft?" zeigt Oxfam, dass Europa den ärmsten Ländern der Welt wichtige Entwicklungschancen verweigert, wenn es seine unfaire Zuckermarktordnung nicht radikal reformiert (EUR 06.04, S. 23). Allein für Agrarsubventionen gebe der "Block reicher Länder" 50 Mrd. Euro im Jahr aus.

### Ende von Agrardumping und Entschädigung gefordert

Am Beispiel von Mosambik und Sambia weist Oxfam nach, dass in Ländern mit schlechter Infrastruktur, die von HIV/AIDS schwer getroffen sind und in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung von weniger als zwei Dollar am Tag lebt, Zuckerproduktion und -handel ein großes Potenzial für Beschäftigung und Verringerung der Armut besitzen. Allein in Mosambik und Sambia könnten bis zu 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn Europa seine Zuckermarktordnung zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder der Welt verändere. Die jüngsten Reformvorschläge der Europäischen Kommission allerdings verweigern diesen Ländern solche Möglichkeiten.

Oxfam fordert ein Ende des Agrardumpings der EU, für die am wenigsten entwickelten Länder den Zugang zum europäischen Markt zu rentablen Preisen und Entschädigungen für Länder, die aufgrund der Reformen Verluste erleiden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Jörn Kalinski, Oxfam Deutschland,  
Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 428506-23, Fax -22  
eMail: [jkalinski@oxfam.de](mailto:jkalinski@oxfam.de)  
[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

## Newsticker

### EU will Nitratgehalt in Lebensmitteln senken und Richtlinie 95/2/EG ändern

Der zulässige Gehalt an Nitraten und Nitriten in Fleischerzeugnissen soll gesenkt und Gel bildende Lebensmittelzusatzstoffe verboten werden, ebenso E216 und E217. Im Oktober genehmigte die EU-Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 95/2/EG. Darin werden auch vier neue Lebensmittelzusatzstoffe zur Verwendung vorgeschlagen. Der Vorschlag geht nun im Mitentscheidungsverfahren an Ministerrat und Parlament. Nitrate und Nitrite sind stark gesundheitsschädlich. (jg)  
<http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/04/1201), [www.inform24.de/nitro.html](http://www.inform24.de/nitro.html)

### EU-Referenzlabor für Futtermittelzusatzstoffe eröffnet

Im November ist im belgischen Geel in der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission das Gemeinschaftliche Referenzlabor (GRL) für die Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen eröffnet worden. Das GRL soll die Analysemethoden bewerten, mit denen die Zusatzstoffe nachgewiesen werden sollen. Vor Erteilung einer Zulassung muss die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA konsultiert werden. Laut EU-Recht sind derzeit rund 700 Stoffe und Zubereitungen als Futtermittelzusätze zugelassen. Im Jahr 2004 wurden der Kommission rund 90 Anträge auf Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen unterbreitet. (jg)  
Quelle: <http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/04/1346)

### BSE: Parlament gegen Aufhebung des Fischmehl-Verfütterungsverbots

Das EU-Parlament lehnte Ende Oktober den Vorschlag der Kommission zur Aufhebung des Verbots der Verfütterung von Fischmehl an Wiederkäuer ab. Es war "nicht der Ansicht der Kommission, dass sich die Fähigkeit der Laboratorien zur Aufspürung kleiner Anteile von aus Säugtieren gewonnenen Proteinen in Fischmehl enthaltenden Futtermitteln derart verbessert habe, dass dies eine Aufhebung des Verbotes rechtfertigt". Das Parlament forderte außerdem eine wissenschaftliche Überprüfung der Grenzwerte von Dioxin in Fischmehl, mit dem Schweine und Geflügel gefüttert werden. (jg)  
Quelle: Dokument B6-0126/2004 (suchen z.B. über [www.google.de](http://www.google.de))

### EU-Chemikalienpolitik weiter heiß diskutiert

#### Kostenfrage steht im Vordergrund

Die Regierungsvertreter der EU-Mitgliedstaaten haben in den letzten Wochen die Debatte um die EU-Chemikalienreform REACH<sup>1</sup> auf bestimmte Schlüsselbereiche in Vorbereitung auf den Wettbewerbs- und den Umweltministerrat (29.11. und 20.12.) konzentriert. Insgesamt sieben Arbeitsgruppen sind damit beschäftigt, die unterschiedlichen Abschnitte von REACH zu debattieren. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hielt am 20. Oktober ebenfalls eine Anhörung zum Thema.

Zu Beginn der niederländischen Ratspräsidentschaft war eine erste gemeinsame Vereinbarung noch für 2004 geplant. Jetzt sei das Beste, was erwartet werden könne, ein Überblick über Gemeinsamkeiten und einige provisorische Verabredungen in kleineren Bereichen, zitiert der Umweltinformationsdienst Environment Daily einen Sprecher des Rates.

#### Forschungsprojekt des deutschen Umweltbundesamtes

Die Kurzfassung des Forschungsprojekts des Umweltbundesamtes "Analyse der Kosten und Nutzen der neuen Chemikalienpolitik: Untersuchung anhand ausgewählter Branchen unter Beachtung der Wirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Umwelt und Gesundheit" (durchgeführt von Fraunhofer ISI und Ökopoll) liegt ebenfalls seit Oktober vor.<sup>2</sup> Darin werden "Kosten und Nutzen der neuen Chemikalienpolitik auf Unternehmensebene am Beispiel ausgewählter Wertschöpfungsketten analysiert". Außerdem wird das Nutzenpotenzial für Umwelt und Gesundheit der REACH-Mechanismen im Hinblick auf bereits eingetretene Schadensfälle durch Chemikalien und in Bezug auf die derzeitige Chemikaliengesetzgebung für Altstoffe und Neustoffe untersucht. Dadurch wird gezeigt, wie und zu welchem Anteil REACH die Chemikaliensicherheit und das Wissensmanagement verbessern kann. Die Ergebnisse sind Grundlage für Vorschläge zur Optimierung von REACH und sollen einen Beitrag zu den Arbeitsprozessen im europäischen

Rahmen leisten, die sich mit der Einführung von REACH beschäftigen.

#### Industrie: REACH ist bürokratisch und teuer

Bei der Anhörung vor dem Umweltausschuss des deutschen Bundestages kritisierte der Vertreter des Verbandes für Chemische Industrie (VCI) die Regelungen der REACH-Verordnung als "in vielen Punkten zu bürokratisch, zu teuer und oft schlichtweg nicht umsetzbar", außerdem kollidierten einige Elemente mit den bestehenden Arbeitsschutzvorschriften. Der VCI propagiert einen Vorschlag, in dem Unternehmen für die in den Geltungsbereich von REACH fallenden Stoffe einen Satz von Kerninformationen vorlegen sollen, die einem bestimmten Raster von Expositionsmöglichkeiten (Verwendungstypus, Hauptbelastungswege, Häufigkeit, Dauer und Höhe der Exposition) zugeordnet werden sollen.

#### WWF: EU-Chemikalienreform ist preiswert und wirksam

Der Nordische Ministerrat hat nach Auskunft vom WWF inzwischen eine Kostenberechnung vorgelegt, der die Ängste der Industrie als unbegründet zurückweist. Demnach würden die gesamten direkten Kosten der geplanten EU-Chemikalienreform REACH lediglich 0,06 % des Erlöses der europäischen Chemie-Industrie ausmachen, gerechnet über die REACH-Laufzeit von elf Jahren. Selbst das vom WWF geforderte "REACH-Plus" mit strengeren Vorgaben würde dem Ministerrat zufolge insgesamt maximal 4 Mrd. Euro kosten.<sup>3</sup>

Auch die indirekten Kosten für Industrie und Gewerbe würden diese Kosten maximal um den Faktor 2,3 erhöhen. REACH sei wegen Kostenbedenken schon genug abgeschwächt worden, kritisierte der WWF. Verschiedene Studien hätten bereits gezeigt, dass die Vorteile von REACH für Gesundheit und Umwelt beachtlich sein werden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: Environment Daily, 21. und 22.10.2004  
<http://presseportal.de/story.htx?firmid=12523> und =6638

3 [www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/chemikalien/True\\_costs\\_of\\_REACH.pdf](http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/chemikalien/True_costs_of_REACH.pdf)

### Luftverschmutzung: Strenge Limits oder Flexibilisierung?

#### EU-Kommission lässt sich

#### wirtschaftliche Instrumente empfehlen

Für Anfang November hatte die Europäische Kommission Expert/innen zu einer Konferenz nach Brüssel eingeladen. Europäer und Amerikaner sollten Vorschläge zum "Saubere Luft für Europa" (Clean Air for Europe, CAFE<sup>4</sup>)-Luftqualitätsprogramm machen und Wirtschaftsinstrumente empfehlen, die zur weiteren Reduzierung der Luftverschmutzung in der EU nutzbar sind. CAFE ist ein Programm für technische Analyse und Politikentwicklung, das als Vorarbeit zur thematischen Strategie über Luftverschmutzung unter dem 6. Umweltaktionsprogramm gedacht ist, die bis Mitte 2005 erarbeitet werden soll.

#### Offene Fragen zur EU-Regelungspolitik

Die Direktorin der Generaldirektion Umwelt Catherine Day warf auf der Konferenz die Frage auf, ob sich die EU von der traditionellen Befehl- und Kontroll-Form der direkten Regulation zur Emissionsreduzierung, insbesondere von Schwefel (SO<sub>2</sub>) und Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) zurückziehen soll. Wenn ja, wären Emissionssteuern oder -abgaben eine politisch akzeptable Alternative? Und sollte ein ausgeweiteter Emissionshandel auf lokalem, nationalem oder EU-Niveau organisiert werden?

#### NGOs und Betreiber von Müllverbrennungsanlagen fordern Limits

Im Gegensatz zu vielen Befürwortern für einen Wechsel zu marktorientierten Maßnahmen und Emissionshandelsmodellen setzten sich insbesondere deutsche Betreiber großer Müllverbrennungsanlagen für engere Emissionslimits ein, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen bezweifelten, dass eine höhere Flexibilität der Industrie zu geringeren Emissionen führten. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 16.11.2004

4 Das CAFE-Programm wurde im Mai 2001 als Mitteilung veröffentlicht. Ziel ist die Entwicklung einer integrierten, langfristigen Strategie zur Bekämpfung der Luftverschmutzung und ihrer Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt.  
[http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2001/com2001\\_0245de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2001/com2001_0245de01.pdf)

1 Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien

2 [www.umweltbundesamt.org/fpdf-k/2800.pdf](http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-k/2800.pdf)

## Kfz-Emissionstests: EU-Standards ungenügend

### Europäische Umweltagentur: Tests bilden nicht die Wirklichkeit ab

Jedes Jahr bewertet die Europäische Umweltagentur (EEA) den europäischen Verkehr mit einer Ökobilanz ("TERM"). Dieses Mal überzog sie die EU-Standard-Tests zur Ermittlung von Kohlendioxid-Ausstoß und dem anderer Gase mit harscher Kritik: sie "bilden nicht die Wirklichkeit ab".

Die bei einem Treffen der EU-Minister im Oktober präsentierten Ergebnisse enthielten eine Reihe von Fehlern. So würden Gewichtssteigerungen der Autos durch zusätzliche Ausstattung meist nicht einberechnet. Desweiteren führe die gestiegene Nutzung von Sitzheizungen, Klimaanlage etc. zu einem Anstieg von rund 16-18 g CO<sub>2</sub>/km, die einberechnet werden müssten. Zwar hätten die EU-Emissionsstandards erreicht, dass der Anstieg der Emissionen von Feinpartikeln, Schefel und Stickoxiden unter der Wachstumskurve des gestiegenen Verkehrs geblieben seien, aber die Testserien zeigten nicht, wie Motoren in der "wirklichen Welt" benutzt werden. Das könnte der Grund sein, warum sich die städtische Luftqualität nicht so schnell verbessere, wie die Daten der Fahrzeugflotten vermuten ließen.

Insgesamt, so die EEA, hätten die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den letzten zehn Jahren um 20 % zugelegt. Das mit der Autoindustrie vereinbarte Ziel, die Emissionen bis 2008 auf 140 g/km zu verringern, reiche lange nicht aus, um einen signifikanten Einfluss auf die Werte zu haben. Die Behörde schlug eine Einbeziehung von Lkw und Lieferfahrzeugen in die Vereinbarung vor. Außerdem seien Emissionsabgaben auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß eine gute Maßnahme, ebenso wie Anreize für "saubere" Autos oder Biokraftstoffe bzw. die Einführung von Straßenmautsystemen.

Die EEA rügte auch die EU-Verkehrspolitik im Allgemeinen, da sie den Öffentlichen Personenverkehr nicht ausreichend fördere und den Individualverkehr bevorzuge. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 20.10.2004  
EEA-Bericht (englisch)  
<http://reports.eea.eu.int/TERM2004/en/TERM2004web.pdf>

## EuGH erkennt Lärm als Menschenrechtsverletzung an

### Kläger muss vor 115 Dezibel Kneipen- und Discolärm geschützt werden

In einem Mitte November vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte veröffentlichten Urteil wird erstmals ein Staat verurteilt, weil er keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz eines Klägers vor Lärmemissionen getroffen hat, berichtet der Umweltinformationsdienst Environment Daily (ENDS). Dem spanischen Kläger aus Valencia wurden rund 3.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen wegen der Verletzung des Art. 8 der Konvention für Menschenrechte (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens). 25 Jahre litt er unter Kneipen- und Disco-lärm.

Der Straßburger Gerichtshof wies die Argumentation der spanischen Gerichte und der Regierung zurück, dass der Kläger nicht genug Beweise vorgelegt hätte - ein Polizeibericht, der den Umgebungslärm nach 3.30 Uhr auf 115 Dezibel bezifferte, sei ausreichend. Die weitere Lizenzvergabe für Kneipen durch die Behörden Valencias habe die Rechte des Klägers verletzt. Ein Sprecher des Gerichtshofs äußerte, dass Lärm bisher noch nie eine Verletzung von Art. 8 dargestellt habe. Bisher (z. B. im Fall des Fluglärms beim Flughafen London-Heathrow) hätten ökonomische Belange gegenüber individuellen Rechten überwogen. Es sei aber zu früh, um Schlussfolgerungen über den Einfluss dieses Urteils auf die EU-Lärm-Gesetzgebung zu ziehen. Nichtsdestotrotz sind Urteile des Straßburger Gerichtshofes bindend für die 45 Staaten, die die Menschenrechtskonvention unterschrieben haben. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Environment Daily, 17.11.2004

## Newsticker

### Text zur EU-Luftqualitäts-Richtlinie veröffentlicht

Der Schlusstext der vierten EU-Luftqualitäts-Richtlinie wird demnächst veröffentlicht und tritt 20 Tage danach in Kraft. Im November hatten die EU-Beamten die rechtliche Sprachprüfung beendet. Die 4. EU-Luftqualitäts-Richtlinie reguliert Emissionen von Arsen, Kadmium, Quecksilber und polyaromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK). Die Mitgliedstaaten müssen die Bestimmungen bis 2006 umsetzen. (bv)  
Quelle: Environment Daily, 2.11.2004, Endfassung des Richtlinien textes:  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/04/st03/st03678.en04.pdf>

### EU ratifiziert POP-Übereinkommen und wird Vertragspartei

Durch die Ratifizierung des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POP) ist die EU nun Vertragspartei des Übereinkommens und kann sich intensiver für die Anwendung seiner Bestimmungen und die Aufnahme weiterer Stoffe, die weltweit verboten werden sollten, einsetzen. Die Kommission hatte sich bereits im August für die Aufnahme von neun neuen Stoffen ausgesprochen (EUR 10.04, S. 18). Nun muss der Ministerrat entscheiden. Das EU-Recht wurde bereits durch die Verordnung 850/2004 an das Übereinkommen angepasst und geht teilweise sogar weiter. Die POP-Verordnung trat am 20.5.2004 in Kraft und verbietet absichtliche Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung der im Übereinkommen aufgelisteten Stoffe, des so genannten "schmutzigen Dutzends", in der EU (EUR 06.04, S. 5). Die EU hat ihr Ratifizierungsinstrument bei der UNO in New York hinterlegt und wird somit innerhalb von 90 Tagen vollwertige Vertragspartei des Übereinkommens, teilte die EU-Kommission mit. (jg)  
Quelle: <http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/04/1379)

### Wissenschaftlicher Ausschuss Gesundheits- und Risikobewertung

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Ausschusses für Gesundheits- und Risikobewertung (SCHER) sind im Internet einsehbar. Dort finden sich u.a. Lebensläufe und Herkunftsuniversitäten. (jg)  
[http://europa.eu.int/comm/health/ph\\_risk/committees/04\\_scher/scher\\_members\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/health/ph_risk/committees/04_scher/scher_members_en.htm)

## Atomreaktor-Stilllegungen sollen harmonisiert werden

### EU-Kommission will Finanzierung transparenter regeln

Die Europäische Kommission hat im Oktober einen neuen Bericht über die Verwaltung der Mittel für die Stilllegung von Atomkraftwerken vorgelegt. Der Bericht vermittelt ein sehr uneinheitliches Bild, sowohl hinsichtlich der Stilllegungsstrategien als auch die Verwaltung der dafür notwendigen Gelder.

### Mitglieder regeln Stilllegung sehr unterschiedlich

Während in Deutschland, Finnland, Italien, Litauen, Slowenien und Spanien die Anlagen sofort abgebaut werden müssen, lassen die Tschechische Republik, die Niederlande, Ungarn und die Slowakei ihre Anlagen erst einmal für einige Jahre abkühlen. Dadurch müssen nicht sofort nach der Stilllegung die finanziellen Mittel für den fachgerechten Abbau vorhanden sein.

Die meisten Mitgliedstaaten lassen die notwendigen finanziellen Mittel extern verwalten, das heißt getrennt von der Buchführung der Betreiber. Dies schaffe nach Aussagen der Kommission eine größere Transparenz und wahrscheinlich eine größere Sicherheit hinsichtlich der Verwendung der Gelder. Frankreich und Deutschland verlangen hingegen von den Betreibern, Rückstellungen für die Stilllegung zu bilden.

### Kommission will Sicherheit gewährleisten

Die Kommission will sicherstellen, dass die finanziellen Mittel transparent verwaltet und zu gegebener Zeit zur Verfügung stehen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass bei der Stilllegung die hohen sicherheitstechnischen Anforderungen erfüllt werden können. 2005 will sie eine Empfehlung auf der Grundlage des Euratom-Vertrages vorlegen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden sollen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Mitglieder wurden nun aufgefordert, weitere Informationen zur Verfügung zu stellen, anhand derer die Kommission dann einen gemeinsamen Rahmen und schließlich einheitliche Finanzierungsmodalitäten für die Stilllegung von Kernkraftwerken in der EU festlegen kann. Die Kommission geht davon aus, dass bis 2025 rund 50 bis 60 der derzeit 155 in

der erweiterten EU in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke stillgelegt werden.

### Bericht ist unzureichend

Friends of the Earth Europe (FoEE) warf der EU-Kommission vor, ihrer Verantwortung für die sichere Stilllegung von Atomkraftwerken in der EU nicht nachzukommen. Stattdessen beschütze die Kommission die Betreiber von Atomanlagen weiterhin vor dem freien Wettbewerb. Außerdem sei sie nicht in der Lage, Subventionen angemessen zu kontrollieren.

Nach wie vor müssten Betreiber nicht voll für ihre Anlagen haften. Die Kommission sei darin gescheitert, die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel sicher zu stellen und entsprechende bindende Regelungen festzulegen. Die Haftung müsse zum einen alle Kosten für die Stilllegung der Anlage und zum anderen die sichere Verwahrung von atomarem Abfall mit einbeziehen. Die Betreiber sollten die dafür notwendige Geldmenge, die derzeit auf zehn bis 15 Prozent der ursprünglichen Gesamtinvestitionen veranschlagt wird, aus ihren Gewinnen abziehen und bar zurückerlegen.

### Alle Kosten müssen sich im Strompreis widerspiegeln

Wichtig sei, dass sich der Preis für die Entsorgung im Strompreis widerspiegelt und keine öffentlichen Subventionen fließen. FoEE kritisiert die zunehmende Menge an staatlichen Zuschüssen, sobald Betreiber von Atomanlagen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Der Fall von British Energy, wobei dem Unternehmen sechs Milliarden Euro Steuergelder für die nächsten 100 Jahre versprochen wurde, sei hierfür ein gutes Beispiel. Durch solche Eingriffe in das Marktgeschehen würden die Chancen der Anbieter von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen maßgeblich behindert. Die EU-Kommission ist verpflichtet, staatliche Subventionen und Bürgschaften zu kontrollieren, komme dem aber nicht nach. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Mark Johnston, Rue Blanche 15, B-1050 Bruxelles (Brüssel)  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: info@foeeurope.org  
www.foeeurope.org

## Newsticker Energie

### Andris Piebalgs wird neuer Energiekommissar

Der Lette Andris Piebalgs wird statt des umstrittenen Ungarn László Kovács EU-Energiekommissar. Auf einer Anhörung vor dem Energieausschuss des Europäischen Parlaments betonte Piebalgs die Notwendigkeit, Umweltbelange in die europäische Energiepolitik zu integrieren. Er versprach außerdem, Erneuerbare Energien, Biokraftstoffe und Energieeffizienzmaßnahmen verstärkt zu fördern. Alle politischen Fraktionen zeigten sich grundsätzlich zufrieden mit dem neuen Kandidaten. (tl)

Quelle: Environment Daily, 16.11.2004

### EU-15 könnten 2050 Energiebedarf ganz mit Erneuerbaren abdecken

Laut Aussagen des Umweltverbandes Inforce-Europe könnten die EU-15 bis 2050 ihren gesamten Energiebedarf mit Erneuerbaren Energien decken und damit fossile Energieträger überflüssig machen. Voraussetzungen hierfür seien eine massive Verbesserung der Energieeffizienz in Kombination mit einem möglichst geringen Wachstum der Energienachfrage. Dies könnte zu einer Reduktion der Nachfrage um vier Fünftel bis 2050 führen. (tl)

Quelle: Environment Daily, 16.11.2004

### Biokraftstoffe: Berichte der EU-Staaten

Die ersten Berichte der Mitgliedstaaten zur "Richtlinie 2003/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor" stehen im Internet:

[http://europa.eu.int/comm/energy/res/legislation/biofuels\\_members\\_states\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/energy/res/legislation/biofuels_members_states_en.htm)  
(jg)

### Solarstrom verbrauchernah erzeugen

Gegen das Vorhaben, Solarstrom in großen Parabolspiegelrinnen-Kraftwerken an der Südküste des Mittelmeeres zu erzeugen und die so gewonnene Energie nach Deutschland zu importieren, protestiert der Solarenergie-Förderverein Deutschland. Der SFV warnt vor neuen Energieabhängigkeiten. Versorgungs- und Krisensicher sei EU-weit nur, wer sein eigenes Potenzial erschließt und die Versorgungswege kurz hält. (jg)

Quelle: www.sfv.de (17.11.2004)

■

## Kioto-Protokoll tritt im Februar in Kraft

### Ohne die USA hat der Klimaschutz aber keine Chance

Russland hat UN-Generalsekretär Kofi Annan die Ratifizierungsurkunde für das Kioto-Protokoll übergeben. Das internationale Dokument zum Klimaschutz tritt damit am 16. Februar 2005 in Kraft.

Ohne die USA, den weltweit größten Klimasünder, hat der globale Klimaschutz aber kaum eine Chance. Zumindest bei den im nächsten Jahr beginnenden Verhandlungen über ein Nachfolgeprotokoll ab 2012 müssen die USA ein Zeichen setzen. Denn: Wie sollen Schwellenländer Grenzen für ihren Ausstoß akzeptieren, wenn die USA nicht mitmachen, die ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase in die Luft blasen? Ab 2012 werden auch Länder wie China und Indien Reduktionsverpflichtungen festlegen müssen, will man den Klimawandel effektiv bekämpfen. Ihr Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen beträgt bereits knapp ein Fünftel.

### Vorsichtiges Umdenken in den USA?

Nun deutet zumindest auch in den USA einiges auf ein vorsichtiges Umdenken hin. Ein offizielles Papier aus dem Pentagon macht darauf aufmerksam, dass der globale Klimawandel die Sicherheitsinteressen der USA nachhaltig beeinträchtigen könnte. Außerdem hat die Serie von vier schweren Wirbelstürmen, die im Spätsommer den Süden der USA verwüsteten, allein dort Schäden von mehr als 20 Millionen Dollar angerichtet.

### Ehrgeizige Pläne für ein Emissionshandelssystem

Selbst die Regierung Bush musste zur Gesichtswahrung ein, wenn auch wenig ambitioniertes, "Global Climate Change"-Programm beschließen. Interessanter sind die Initiativen des demokratischen Senators Joseph Lieberman und seines republikanischen Kollegen John McCain, ein Emissionshandelssystem für Wirtschaft, Agrarbereich und Verkehr einzuführen. Es hat das Ziel, die Emissionen in diesen Bereichen bis 2016 auf das Niveau von 1990 zurückzuführen. Die Initiative ist bislang noch nicht mehrheitsfähig vereinigt, aber immerhin 40 von 51 nötigen Stimmen im Senat auf sich. Neun Bundesstaaten haben bereits bekräftigt, am Emissionshandel teilnehmen zu wollen. Die Initiative war vom demokratischen Präsident-

chaftskandidaten Kerry angestoßen worden. Zu den Abweichlern gehört aber auch der republikanische Gouverneur von New York George Patki.

### US-Firmen könnten aber nur Zertifikate kaufen

Damit sich die neun Staaten dem Emissionshandel anschließen können, müssen aber noch technische Fragen geklärt werden. Weil die USA sich bislang weigert das Kioto-Protokoll anzuerkennen, sind die Emissionen der USA im Handelsvolumen nicht mit eingerechnet. Die amerikanischen Firmen werden deshalb Emissionen vermutlich nur kaufen, nicht aber verkaufen können. Dadurch würde kein finanzieller Anreiz entstehen Emissionen zu reduzieren. (tl) ■

### • Weitere Informationen:

Quelle: taz 29.10.04

## EU-Kommission zuversichtlich: Emissionshandel ab Januar

### Weitere acht nationale Allokationspläne genehmigt

Die EU-Kommission hat acht weitere nationale Allokationspläne (NAP) genehmigt.<sup>1</sup> Die Pläne aus Belgien, Estland, Lettland, Luxemburg, der Slowakei und Portugal wurden ohne weitere Auflagen akzeptiert. Finnland und Frankreich müssen hingegen noch Nachbesserungen vornehmen. So muss Frankreich seine Gesamtmenge an Zertifikaten um 4,5 Prozent kürzen und die Liste seiner Anlagen um 750 weitere Anlagen ergänzen. Finnland muss noch einige technische Angaben ergänzen. Die Kommission ist nach wie vor zuversichtlich, dass der Emissionshandel am 1. Januar 2005 beginnen kann.

### Griechenland noch ohne Plan

Bisher hat die Kommission die Bewertung von 16 Plänen abgeschlossen. Die Bewertung der Pläne von unter anderem Italien, Spaniens und Polens steht noch aus. Griechenland hat bisher noch nicht einmal einen Plan eingereicht.

### Kommission muss die Einhaltung der Kioto-Ziele gewährleisten

Die Kommission hat dafür zu sorgen, dass der Emissionshandel reibungslos funktioniert und keine übermäßigen Zuteilungen stattfinden. Erfüllen die Pläne die Zuteilungskriterien nicht, kann die Kommission Änderungen verlangen. Die Kommission verlangte von den Plänen in drei Fällen Änderungen: wenn die Menge der Zertifikate es dem betreffenden Land unmöglich macht, seine Kioto-Ziele zu erreichen, wenn die Zuteilungsmenge oberhalb der Emissionsprojektionen liegen und wenn ein Land die Umverteilung der Zertifikate unter den beteiligten Unternehmen in der ersten Handelsperiode beabsichtigt. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-111  
<http://europa.eu.int/comm>

<sup>1</sup> In den nationalen Allokationsplänen (NAP), sprich Zuteilungsplänen, wird die Zahl der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate festgelegt, die die Mitgliedstaaten energieintensiven Industrieanlagen zuteilen wollen.

## EU-Emissionshandel: Großbritannien knickt ein

### 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich

Großbritannien will mehr Zertifikate für die erste Handelsperiode mit Treibhausgaslizenzen von 2005 bis 2007 herausgeben als ursprünglich geplant. Dadurch sinkt der Lizenzpreis und somit der Anreiz Emissionen zu senken. Im Frühjahr hatte die Regierung in ihrem Nationalen Allokationsplan (NAP) noch eine Deckelung auf 736 Mio. t festgeschrieben. Nun sollen in der ersten Phase 20 Mio t mehr ausgestoßen werden dürfen. Zuvor wurden die Emissionsprognosen für die am Handel beteiligten Sektoren nach oben korrigiert.

### Andere Länder könnten folgen

Die britischen Oppositionsparteien, Klimaforscher und Umweltverbände beschuldigten die Regierung und insbesondere Tony Blair, große Klimaschutzvorhaben zu verkünden, aber nicht umzusetzen. Blair sei vor der Industrie eingeknickt. Der Premier hatte den Klimaschutz kürzlich als "eine der wichtigsten Aufgaben der Menschheit" bezeichnet und für 2050 ein ehrgeiziges nationales Reduktionsziel von minus 60 Prozent angekündigt. Blair versprach außerdem, die britische G8-Präsidentschaft im nächsten Jahr zu nutzen, um den Klimaschutz voranzutreiben.

Auch die EU-Kommission kritisierte die Änderung des britischen Allokationsplans und stellte Anpassungen in Aussicht. Sie befürchtet, dass andere Länder dem schlechten Beispiel folgen und ihre Emissionsobergrenzen für die Industrie ebenfalls aufweichen.

### Friends of the Earth: Großbritannien wird 20- %-Ziel nicht erreichen

Die britische Umweltministerin Margaret Beckett betonte, Großbritannien werde auch mit korrigierten NAP sein Kioto-Ziel und sein nationales Reduktionsziel von minus 20 Prozent bis 2010 gegenüber dem Basisjahr 1990 erreichen. Friends of the Earth Großbritannien hingegen geht davon aus, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen mit den laufenden Klimaschutzmaßnahmen um höchstens 15 Prozent sinken. (tl) ■

## Weitere Informationen

Friends of the Earth UK, London  
Tel. 0044 / 20 7490-1555, Fax -0881  
eMail: [info@foe.co.uk](mailto:info@foe.co.uk)  
[www.foe.co.uk](http://www.foe.co.uk)

## Newsticker Klima

### Generaldirektion Umwelt berät über Klimaschutzstrategie ab 2012

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat auf einem eintägige Treffen mit Interessensvertretern über mögliche Elemente der EU-Klimaschutzpolitik nach Ablauf der ersten Phase des Kioto-Protokolls (2008-2012) diskutiert. Die Konferenz sollte einen Beitrag zur Ausarbeitung des Kommissionsberichts über den Klimawandel leisten, mit dem sich der Europäische Rat beim Frühjahrsgipfel 2005 befassen soll. Auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonferenz (COP-10) vom 6.-17. Dezember in Buenos Aires soll eine erste Debatte über die so genannte Post-Kioto-Strategie stattfinden. (tl)

Quelle: EurActiv 22.11.04

### EU: F-Gas-Verbote in Österreich und Dänemark zu streng

Die EU-Kommission hat Österreich und Dänemark aufgefordert, das von ihnen verhängte Verbot bestimmter fluoriierter Klimagase (F-Gase) zu rechtfertigen, da sie den freien Warenverkehr im Binnenmarkt ungerechtfertigt einschränken könnten. Mehrere Unternehmen hatten 2003 geklagt, die nationalen Verbote behinderten den Import ihrer Produkte. Die Kommission stufte mit Verweis auf den freien Warenverkehr (Art. 28 EU-Vertrag) die österreichischen und dänischen Regelungen als möglicherweise unverhältnismäßig und diskriminierend ein. Die beim Umweltministerrat im September vereinbarte Regelung zu F-Gasen (EUR 11.04, S. 7) toleriert strengere nationale Maßnahmen nur unter bestimmten Bedingungen. Österreich und Dänemark hatten gegen die Regelung gestimmt, da sie für sie einen Rückschritt bedeutet. (tl)

Quellen: EurActiv 28.10.04  
Environment Daily, 25.10.2004

### Britische Studie: Haushalte emittieren viel mehr Klimagase als angenommen

Laut einer Studie der britischen Agentur für Statistik verursachen die privaten Haushalte vier Mal mehr Treibhausgase, als ursprünglich angenommen. Die Haushalte sollten daher in Zukunft eine weitaus wichtigere Rolle bei Klimaschutzmaßnahmen spielen als bisher. Die Agentur errechnete, dass die Emissionen aus privaten Heizungen und Pkw-Verkehr bereits 22 Prozent der britischen Emissionen entsprechen. Berechne man indirekte

Emissionen, durch zum Beispiel die Herstellung von Strom, den Öffentlichen Verkehr und den Konsum von Waren mit ein, komme man auf einen Anteil von rund 87 Prozent. Allein der Konsum von Waren und Dienstleistungen mache 60 Prozent der britischen Treibhausgasemissionen aus. (tl)

Quelle: Environment Daily, 3.11.2004

### Fragen und Antworten zum Kioto-Protokoll

Die Europäische Kommission hat ein Infopaket zum Kioto-Protokoll erarbeitet. Das auch für Laien gut verständliche Dokument beantwortet Fragen zu den Inhalten des Protokolls, den für die Unterzeichnerstaaten resultierenden Verpflichtungen, den Erfolgsbedingungen und den Post-Kioto-Prozess ab 2012. Das Dokument kann von der Internetseite der Kommission geladen werden. (tl)

Quelle: <http://europa.eu.int/rapid> (Reference: MEMO/04/245)

### Arktis: Alarmierender Klimawandel

Das Eis am Nordpol schmilzt doppelt so schnell wie angenommen. In einer neuen von den acht Anrainerstaaten der Arktis in Auftrag gegebenen Studie weisen Wissenschaftler auf eine Beschleunigung der Erwärmung der Arktis hin, die schwerwiegende Folgen für die globale Klimaentwicklung und den Menschen haben wird. Laut der Studie "Arctic Climate Impact Assessment" finden am Nordpol die raschesten und folgenschwersten Klimaänderungen der Welt statt. Die Erwärmungsrate sei doppelt so hoch wie andersorts. Es wird davon ausgegangen, dass das Meereis, das normalerweise im Sommer nicht schmilzt, bis zum Ende des Jahrhunderts um mindestens 50 Prozent zurückgehen wird. Im Laufe der nächsten 100 Jahre wird voraussichtlich eine weitere Erwärmung von vier bis sieben Grad stattfinden. Hinweisen zu Folge haben die USA, die ebenfalls ein Anrainerstaat der Arktis ist, darauf gedrängt, die Ergebnisse der Studie erst nach der Wahl am 2. November zu veröffentlichen, um mögliche Aufregungen im Vorfeld der Wahlen zu verhindern. (tl)

Quelle: EurActiv 10.11.04

■

## Rück- und Vorschau in der europäischen Gentech-Debatte

### ► Fünf Bereiche, in denen Engagement gefragt ist

Die europäische Diskussion zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen konzentrierte sich in den letzten Wochen auf fünf Felder.

#### 1. Koexistenz und Kontamination - Mitgliedstaaten entscheiden selbst

Die Gefahr der Kontamination der gentechnikfreien Landwirtschaft, die so genannte Koexistenz-Debatte, ist in den vergangenen zwei Jahren zu einer der zentralen Fragen der Gentechnik-Debatte geworden. Die Europäische Union hatte diese Aufgabe an die Mitgliedstaaten delegiert. Die Freisetzungsrichtlinie der Europäischen Union (2001/18/EG) bietet nur allgemeine Vorgaben. Danach können die Mitgliedstaaten Maßnahmen erlassen, mit denen hohe Kontaminationen in der landwirtschaftlichen Produktion vermieden werden sollen. Diese Verunreinigungen können dazu führen, dass der Grenzwert von 0,9 Prozent für die zufällige oder technisch unvermeidbare Präsenz von transgenem Material in Lebens- und Futtermittel-Produkten langfristig nicht gehalten werden kann, was durch die Koexistenz-Maßnahmen verhindert werden soll. In den Mitgliedstaaten selbst werden jetzt Mindestabstände, Pollenbarrieren und andere Maßnahmen festgeschrieben.

#### Beispiel Deutschland: "Gute fachliche Praxis" und Haftungsfragen

Auch das in Deutschland neu verabschiedete Gentechnikgesetz gibt nur wenige allgemein gehaltene Hinweise. In einem zweiten Schritt des Gesetzgebungsverfahrens soll eine so genannte "gute fachliche Praxis" für die Anwendung gentechnisch veränderter Pflanzensorten die notwendige Konkretisierung bringen. Während der Diskussionen um das neue Gentechnikgesetz spielte in Deutschland auch die Frage der Haftungsübernahme im Falle von Verunreinigungen eine zentrale Rolle. Der Entwurf der Bundesregierung sieht eine Haftungsverpflichtung vor, für die vom Geschädigten kein unmittelbarer Verschuldensnachweis erbracht werden muss, was bei fliegenden Pollen, die Pflanzen befruchten, auch schlechterdings nicht möglich ist.

#### 2. Saatgut-Grenzwerte: Entscheidung steht im Winter oder Frühjahr an

Ein weiterer Schauplatz für die fortlaufende Gentechnik-Gesetzgebung der Gemeinschaft ist die Festlegung von Grenzwerten für die Verunreinigung von konventionellem und ökologischem Saatgut mit gentechnisch verändertem Material. Die EU-Kommission hatte in den vergangenen Jahren schon zwei Vorschläge für eine derartige Regelung vorgelegt, die aber beide nicht zur Entscheidung gekommen waren. Nach derzeitigem Recht ist jede gentechnische Verunreinigung illegal beziehungsweise kennzeichnungspflichtig. Nur Verunreinigungen mit in der EU bereits zugelassenen Sorten führen zur Kennzeichnungspflicht, Vermischungen mit nicht zugelassenen Sorten werden im Saatgut nicht toleriert. Die neue Kommission wird sich vermutlich im späten Winter oder auch erst im Frühjahr dieser Frage annehmen. Die neuen zuständigen Kommissare sprachen sich bisher dafür aus, dass jede Verunreinigung zu kennzeichnen ist.<sup>1</sup>

#### 3. Sortenlisten mit Gentech-Pflanzen - Länder zum Verbot bewegen!

Die dritte Baustelle ist die Eintragung von transgenen Sorten in die europäische Sortenliste. Erst vor wenigen Wochen hatte die Kommission 17 gentechnisch veränderte Maissorten (auf der Basis von MON810) in die EU-Liste eingetragen, womit diese in der gesamten EU angebaut werden dürfen. Nach Medienberichten gibt es Überlegungen der polnischen Regierung, ein Verbot für die Sorten auszusprechen.<sup>2</sup>

#### 4. EU-Kommission will Einzelverbote der Länder aufheben

Zu guter Letzt zeichnet es sich ab, dass die Kommission die nationalen Verbote für in der Gemeinschaft zugelassene gentechnisch veränderte Sorten aufheben will. Fünf Länder hatten in der Vergangenheit Sorten verboten, da sie von der durch die EU-Zulassung bestätigte Sicherheit für Mensch und Umwelt nicht überzeugt waren. Diese Länder und Sorten sind: Deutschland (Bt176-Mais), Frankreich (Raps der Sorten Topas 19/2 und MS1xRf1), Griechenland (Raps der Sorten Topas 19/2), Luxemburg (Bt176-Mais)

1 [www.saveourseeds.org](http://www.saveourseeds.org)

2 [www.agroonline.de](http://www.agroonline.de) ("Polen äußert Bedenken gegen GV-Mais", 26.10.2004)

und Österreich (Bt176-Mais, T25-Mais, Mon810-Mais). Die Verbote waren in den vergangenen sieben Jahren auf der Basis der so genannten Schutzklausel in der EU-Freisetzungsrichtlinie ausgesprochen worden (alt: Art. 16, neu: Art. 23).<sup>3</sup>

Wenn die EU-Kommission mit qualifizierter Mehrheit (etwa 72 %) die Länder-Verbote abschaffen kann, drohen den einzelnen Ländern hohe Strafgebühren, wenn sie auf dem Verbot bestehen. Wenn die Kommission in dieser Frage gewinnt, ist über kurz oder lang auch die WTO in der Lage, einzelne Länder zur Aufgabe von Verboten und zur ungehinderten Einfuhr von Gentechnik-Produkten zu zwingen.

#### 5. Europaweit gentechnikfreie Regionen, Konferenz im Januar

Neben diesen "offiziellen" Politik-Bereichen ist für die Debatte die Gründungsbewegung gentechnikfreier Regionen von entscheidender Bedeutung. In Deutschland meldete der BUND im Oktober die Gründung von 50 gentechnikfreien Regionen innerhalb eines Jahres. Mehr als 11.000 Landwirte haben sich demzufolge beteiligt, sie bewirtschaften zusammen mehr als 430.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Sie sind damit Teil einer europaweiten Bewegung, die sich im Januar in Berlin - parallel zur Internationalen Grünen Woche - zu einer Konferenz zusammenfinden wird.<sup>4</sup> ■

Gastautor: Christof Potthof, Gen-ethisches Netzwerk

#### • Weitere Informationen

Gen-ethisches Netzwerk, Christof Potthof, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin  
Tel. 030 / 68-58030, Fax -41 183  
eMail: [christof.potthof@gen-ethisches-netzwerk.de](mailto:christof.potthof@gen-ethisches-netzwerk.de)  
[www.gen-ethisches-netzwerk.de](http://www.gen-ethisches-netzwerk.de)

3 [www.foeeurope.org/biteback/download/national\\_bans\\_briefing\\_Oct2004.pdf](http://www.foeeurope.org/biteback/download/national_bans_briefing_Oct2004.pdf)

4 Europäische Konferenz zu gentechnikfreien Regionen, Biodiversität und Ländliche Entwicklung, Berlin 22./23.1.2005  
[www.faire-nachbarschaft.de](http://www.faire-nachbarschaft.de)  
[www.abl-ev.de/gentechnik](http://www.abl-ev.de/gentechnik)  
[www.foeeurope.org/GMOs/gmofree](http://www.foeeurope.org/GMOs/gmofree)  
[www.genet-info.org](http://www.genet-info.org)

## Polen in der EU - Gentechnik in Polen

### Immer mehr, nicht immer legal:

#### Genfood auf dem polnischen Markt

Obwohl die Auswirkungen von GVO (genetisch veränderten Organismen) auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt noch nicht vorhersehbar sind und sich 80 % der Landwirte und Verbraucher gegen Agro-Gentechnik angesprochen haben, hat die Europäische Kommission den kommerziellen Anbau in der EU zugelassen. Im Streben nach größerer Effektivität und Produktivität in der Landwirtschaft werden die Proteste der Verbraucher-, Umwelt- und Bauernverbände nicht ernst genommen.

Auf einer deutsch-polnischen Konferenz am 30. Oktober in Eberswalde bei Berlin wurden die Situation der Agro-Gentechnik und die Einstellung gegenüber GVO in beiden Ländern verglichen.

### Polen: Grüne Gentechnik kaum Thema in der Öffentlichkeit

In Polen ist Grüne Gentechnik für die meisten kein Begriff. Das Thema wird auch kaum in politischen Kreisen behandelt. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OBOP hat jeder dritte Pole noch nie etwas von genetisch modifizierten Organismen gehört.

Das Thema wird nur in den Industrie- und Forschungszentren behandelt, die sich vor allem auf die Vorteile von GVO konzentrieren. Außerdem wird der Eindruck erweckt, dass genetisch modifizierte Pflanzen und ihre Produkte schon überall existieren und man nichts mehr dagegen tun kann.

In Polen sind bereits zahlreiche genetisch veränderte Produkte auf dem Markt, vor allem importierte Sojaprodukte. Neue Entwicklungen könnten weitere Gefahren bergen: Erstens werden immer öfter große landwirtschaftliche Flächen durch ausländische Investoren übernommen, und zweitens werden neue Forschungskapazitäten im Bereich Agro-Gentechnik aufgebaut.

Polen ist ein Land, in dem die veröffentlichten Statistiken und die Gesetze nicht immer mit der Wirklichkeit übereinstimmen. So trifft das Rechtssystem auf ein mitunter geringes Rechtsbewusstsein in

der Bevölkerung und eine schwache Exekutive.

### Vor Gefahren der Gentechnik schützt manchmal internationales Recht

Zu den gesetzlichen Grundlagen für den Umgang mit GVO in Polen gehören der Artikel 74 der Verfassung, drei europäische Richtlinien und das Cartagena-Protokoll zur biologischen Sicherheit. Die Richtlinien wurden aus dem EU-Recht übernommen. Polens Abgeordnete beraten zur Zeit ein neues Gesetz, das das Gentechnik-Recht aktualisieren soll. Die neuen Bestimmungen sollen das Risiko minimieren, das mit einem unkontrollierten Anbau von Gentechnik-Pflanzen einhergeht. Landwirte, die GVO anbauen, sollen verpflichtet werden, die zuständigen Behörden und ihre Nachbarn zu informieren. Anderenfalls droht ihnen eine Geldstrafe.

Für die Information der Bevölkerung und das Füllen der Wissenslücken über GVO sind in Polen vor allem Nichtregierungsorganisationen "verantwortlich". Von Seiten der polnischen Umwelt- und Agrarministerien war der Europäischen Kommission am 25. Oktober aber eine Beschwerde vorgelegt worden, dass die Entscheidung über die 17 MON810-Varianten ohne die Einbeziehung der neuen Länder vonstatten gegangen sei. Polen will das Verbot von MON810 beibehalten<sup>1</sup> (EUR 10.04, S. 15).

### Woiwodschaft Podkarpackie erklärte sich zur gentechnikfreien Region

Die südöstliche Region Polens, die Woiwodschaft Podkarpackie, hat sich zur gentechnikfreien Region erklärt. Ela Priwieziencew vom Sozial-Ökologischen Institut in Warschau hält das für eine politisch weitreichende Entscheidung und sieht darin eine Möglichkeit für die Entwicklung des ländlichen Tourismus. Dieser erfreut sich vor allem in Westeuropa wachsender Beliebtheit. Auch die deutschen Touristen befürworten gentechnikfreie Regionen und fahren gern nach Österreich, das sich zur gentechnikfreien Zone in Europa erklären möchte.

Nicht ohne Bedeutung sind auch Wissen und Bewusstsein bei den Verbrauchern. In Deutschland informieren Nichtregierungs-

organisationen schon Mitte der 90er Jahre über Gentechnik. Mehr als die Ansichten der Wissenschaftler, die Politik des Staates oder die Proteste der Umweltverbände wird die Meinung der Verbraucher darüber entscheiden, ob GVO sich durchsetzen. In Polen ist dies besonders wichtig, weil die Kundschaft vor allem die billigeren Nahrungsmittel bevorzugt.

Da können die Pro-Gentechnik-Statistiken die Bevölkerung in trügerischer Sicherheit wiegen - und dies in einer Situation, wo es an gut ausgestatteten, neutralen Forschungseinrichtungen fehlt und die gentechnischen Methoden sich schnell entwickeln.

In Polen gibt es also viel zu tun. Die GVO-Produkte müssen streng überwacht werden. Die Verbraucher müssen informiert und die Produkte deutlich gekennzeichnet werden. Eine Aufgabe, die nicht allein in Polen gelöst werden kann. ■

Gastautor: Przemyslaw Sek, Grüne Liga

### • Weitere Informationen

Grüne Liga, Internationale Arbeit,  
Przemyslaw Sek, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-70, Fax -75  
eMail: [przemek.sek@grueneliga.de](mailto:przemek.sek@grueneliga.de)  
[www.grueneliga.de](http://www.grueneliga.de)

<sup>1</sup> Quelle: Environment Daily, 25.10.2004.

Seit dem 8.9.2004 sind 17 Sorten der Maislinie Mon 810 im EU-Sortenkatalog verzeichnet und somit für den europaweiten Anbau zugelassen.

## US-Regierung unterdrückt kritische Studie

### NAFTA-Bericht empfiehlt Kennzeichnung von Gen-Mais

Greenpeace International hat Informationen erhalten, dass die US-Regierung einen hochbrisanten Bericht der Kommission für Zusammenarbeit in Umweltfragen (Commission for Environmental Cooperation) unterdrückt, die zum Nordamerikanischen Handelsabkommen NAFTA<sup>1</sup> gehört. Der Bericht empfiehlt, dass alle Importe von gentechnisch verändertem (GV-)Mais aus den USA nach Mexiko gekennzeichnet werden. Der Regierung wird auch nahe gelegt, Mais nur in gemahlener Form zu importieren, um zu verhindern, dass Bauern den Mais anpflanzen können.

### Mexiko: Genetischer Reichtum bedroht

Der Grund für diese Reaktion liegt nahe: Mexiko ist das Ursprungsland der Maispflanze, es gibt Hunderte lokaler Sorten. Im September 2001 waren zum ersten Mal Kreuzungen zwischen aus den USA kommendem GV-Mais und indigenen Sorten aufgetreten. Der GV-Mais bedroht so die genetische Vielfalt. Diese wird aber von Experten als Grundlage angesehen, um in Zukunft neue Varianten und Sorten zu entwickeln, die sich z.B. wechselnden Klima-Ansprüchen anpassen können.

### Hintergrund: USA will der EU im Handelsstreit keine Argumente liefern

"Die Anerkennung bestehender Umwelt Risiken durch GV-Mais und die sich daraus ergebende Empfehlung, den Mais nur in gemahlener Form zu importieren, sind beides Fakten, welche die Position der USA im Handelsstreit mit der EU spürbar verschlechtern", sagte Doreen Stabinsky, GVO-Expertin von Greenpeace. "Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Regierung der USA mit allen Mitteln versucht, eine Veröffentlichung zu verhindern." (du) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace International, Ottho Heldringstraat 5, NL-1066 Amsterdam  
Tel. 0031 / 20 514815 -0, Fax -1  
eMail: mail@greenpeace.de  
www.greenpeace.org/international\_en/news/details?item %5fid=617830

<sup>1</sup> North American Free Trade Agreement (USA, Kanada und Mexiko)

## Bayer verzichtet in Indien auf Genpflanzen-Forschung

### Bayer: Schwerpunkt auf "normale Pflanzenzüchtung"

Bayer gibt die Forschung an genmanipulierten Pflanzen in Indien auf. Das habe das Leverkusener Unternehmen dem Greenpeace Büro in Indien Anfang November in einem Schreiben mitgeteilt. Danach "will Bayer Crop Science in den nächsten Jahren seinen Schwerpunkt auf die normale Pflanzenzüchtung verlegen". Alle bisherigen Projekte wurden gestoppt. Zu den Pflanzenarten, an denen Bayer in Indien geforscht hat, gehören Kohl, Raps, Blumenkohl, Tomaten und Senf. Bereits im März 2004 gab der Konzern seinen Rückzug in England bekannt, im Juni wurde der Versuch aufgegeben, Gen-Raps in Australien zu verkaufen.

### Greenpeace: Auch Gentechnik-Projekte in Europa aufgeben!

Ein Bayer-Sprecher habe den Ausstieg bestätigt und sagte, man wolle sich auf bestimmte Teilbereiche konzentrieren und beobachte die konstante Verbraucherablehnung in Europa mit Sorge. An einen generellen Rückzug werde hier allerdings nicht gedacht. Christoph Then, Gentechnikexperte von Greenpeace Deutschland fordert von Bayer, auch in Europa klare Zeichen zu setzen und die Zulassungsanträge zu Gen-Reis, Gen-Raps und Gen-Mais zurückzuziehen.

### Zieht Monsanto nach?

Der Rückzug von Bayer aus dem Geschäft mit Gen-Pflanzen in Indien, dem nach Bevölkerung zweitgrößten Land der Welt, dürfte auch ein alarmierendes Zeichen für andere Konzerne sein, schlussfolgert Greenpeace. Mit seiner Entscheidung, sich aus dem Geschäft mit Gen-Pflanzen zumindest in Teilbereichen zurückzuziehen, stehe Bayer nicht allein. Auch die Firma Monsanto, die weltweit das meiste Saatgut für Gen-Pflanzen verkauft, habe in diesem Jahr die Forschung an Gen-Weizen gestoppt, ebenso die Forschung an Gen-Raps in Australien. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Christoph Then, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg  
Tel. 0171 / 8780 832  
eMail: christoph.then@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

## Keine Trendwende in der Bekämpfung von Hunger

### Welternährungstag: Drei Viertel der genetischen Vielfalt ist verloren

Anlässlich des Welternährungstags am 16. Oktober hat die Deutsche Welthungerhilfe darauf hingewiesen, dass keine Trendwende in Sicht ist, die Zahl der Hungernen vor allem in Afrika und Südasien zu verringern. Insgesamt sind nach den letzten Zahlen der Welternährungsorganisation FAO rund 800 Millionen Menschen in Entwicklungsländern unterernährt. Der Verlust der biologische Vielfalt bedrohe zusätzlich die Ernährungssicherung in den Entwicklungsländern. Im vergangenen Jahrhundert seien drei Viertel der genetischen Vielfalt verloren gegangen, hoch gezüchtete Pflanzenarten hätten zahlreiche einheimische Sorten verdrängt. Die neuen Sorten seien zwar ertragreicher, aber anfälliger für Krankheiten und klimatische Schwankungen, außerdem könnten die Bauern kein Saatgut für sich ziehen.

### "Risiken und Potenziale der Gentechnik sind zu wenig erforscht"

Die Hoffnungen, die mit der "grünen" Gentechnik verbunden seien, erschienen verfrüht, denn die Auswirkung auf die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern sei nicht ausreichend erforscht, sagte der Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe, Hans-Joachim Preuß. Er verwies auf nicht ausreichende Klärung von Risiken und Potenzialen der Gentechnik im Hinblick auf biologische Vielfalt, Armut und Hungerbekämpfung. Forschung und Entwicklung zielten vor allem auf den Bedarf der kommerziellen Landwirte, die großflächig anbauen. Für Kleinbauern hingegen sei die Vielfalt der traditionellen Sorten lebensnotwendig.

Die Deutsche Welthungerhilfe fordert Mittel für Langzeitstudien zu Risiken und Chancen der "grünen Gentechnik" in den Entwicklungsländern. Preuß kritisierte den "permanenten Schlagabtausch von Befürwortern und Gegnern der 'grünen' Gentechnik"; er sei "für einen öffentlichen und transparenten, vernunftgeleiteten gesellschaftlichen Diskurs". (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: www.umweltdialog.de/vtest.asp?id=1562

## Neuester Wissensstand zu Auskreuzungsdistanzen

### Öko-Institut nennt Isolationsabstände für Raps, Mais, Rübe und Kartoffel

Im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz hat das Öko-Institut den Wissensstand zu Auskreuzungsdistanzen der Nutzpflanzen Raps, Mais, Rübe und Kartoffel zusammengetragen und daraus Vorschläge abgeleitet. Es seien allerdings keine Sicherheitsfaktoren oder Sicherheitsaufschläge einberechnet, die extremen Witterungsbedingungen oder anderen Sonderereignissen Rechnung tragen würden. Im Sinne des Vorsorgeprinzips sei zwar hohen ermittelten Auskreuzungsraten großes Gewicht gegeben worden, aber vor dem Hintergrund der durchgehend mangelhaften Datenlage wird zusätzlich die Einbeziehung eines Sicherheitsfaktors bei der Festlegung von Isolationsabständen empfohlen.

### Aufgrung schlechter Datenlage nur wenig Vorschläge

Ohnehin gibt es aufgrund der Datenlage nicht für alle Auskreuzungsraten und Pflanzen Empfehlungen. Bei Rapsanbau werden z.B. 300 m Isolierabstand für max. 1 % Auskreuzungsrate (Mais: 500 m), 6.000 m für 0,1 % Auskreuzungsrate (Mais: 1.000 m) vorgeschlagen. Für die Saatgutproduktion und 0,1 % Auskreuzungsrate gibt es weder bei Raps noch bei Mais, Kartoffeln oder Rüben Angaben durch das Institut, weil empirische Erkenntnisse hierzu fehlen. Bei 1 % Auskreuzungsrate sollte der Isolierabstand für die Saatgutproduktion bei Mais 500 m, bei Rüben mehr als 1.000 m betragen (keine Angaben bei Kartoffeln und Raps). Gerade bei der Saatgutproduktion scheinen wissenschaftliche Erkenntnisse rar, wie viel Abstand und ob überhaupt Abstand gegen eine Auskreuzung schützt. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Öko-Institut e.V. Bereich Biodiversität, Ernährung und Landwirtschaft, Ruth Brauner, Geschäftsstelle Freiburg, Postfach 6226, 79038 Freiburg  
Tel. 0761 / 452 95-40, Fax -37  
eMail: r.brauner@oeko.de  
www.oeko.de

Studie im Internet:  
[www.oeko.de/dokum.php?id=225](http://www.oeko.de/dokum.php?id=225)

## EU importiert NK603-Genmais auch in verarbeiteter Form

### EU-Kommission genehmigt Einfuhr von GV-Lebens- und Futtermittelzusätzen

Ende Oktober hat die Europäische Kommission die Einfuhr von Lebensmittel- und Futtermittelzusätzen, die aus dem gentechnisch veränderten Mais NK603 gewonnen werden, genehmigt. Friends of the Earth Europa (FoEE) protestierte gegen diesen "finalen Akt" der scheidenden EU-Kommission.

NK603-Mais ist gegen das von dem Konzern Monsanto hergestellte Herbizid RoundUp-Ready resistent. Schon zuvor mit der Richtlinie 2001/18/EG war NK603 für die Einfuhr und Verwendung als Tierfuttermittel und für die industrielle Weiterverarbeitung zugelassen worden. Seit Ende Oktober ist es nun auch erlaubt, NK603 und daraus hergestellte Produkte (z.B. Stärke, Öl, Maismehl) als Lebensmittel und Futtermittel in den europäischen Lebensmittelmarkt einzuführen. Wegen der EU-Kennzeichnungspflicht müssen gentechnisch veränderter Mais und Produkte, die diesen enthalten, zumindest als solche gekennzeichnet werden. Allerdings ist eine Kennzeichnungspflicht nicht vorgesehen, wenn z.B. Produkte wie Fleisch, Milch oder Käse von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gemästet wurden.

### Kritik verhallt ungehört

FoEE kritisiert, dass es für NK603 keine Untersuchungen über die Langzeitfolgen für die menschliche Gesundheit und mögliche kumulative toxische Effekte oder die Gesundheitsauswirkungen auf besonders sensible oder allergiekrankte Verbraucher gibt. Die Zulassung von NK603 zur Verwendung in Lebensmitteln trat unverzüglich in Kraft und bleibt zehn Jahre gültig. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Geert Ritsema, Rue Blanche 29, B-1060 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5-420182, Fax -375596  
eMail: geert.ritsema@foeeurope.org  
www.foeeurope.org

Quelle:  
[www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5322](http://www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5322)

## Newsticker

### USA: Mehr Pestizide durch Gentechnik - Bilanz nach 9 Jahren

Eine US-Studie hat gezeigt, dass in den ersten drei Jahren des großflächigen GVO-Anbaus der Pestizidverbrauch gesunken ist. Nach 1999 stieg er jedoch wieder an, weil z.B. Wildkräuter resistent wurden oder weil andere Schadinsekten in die Lücke sprangen. Insgesamt ist der Pestizideinsatz beim Anbau von Gentechnik-Pflanzen um 4 % gestiegen. Die Studie stützt sich auf statistisches Material des US Department of Agriculture. (jg)

Quelle: [www.blauen-institut.ch/Pg/pM/pm\\_nov/pm1033.html](http://www.blauen-institut.ch/Pg/pM/pm_nov/pm1033.html)

### Studie enthüllt fehlerhafte Gentests und Gentechnik-Zulassungen in den USA

Eine neu veröffentlichte Studie belegt, dass die Annahme, gentechnisch veränderte Organismen in den USA seien sorgfältig überprüft, reguliert und als sicher bestätigt, ein reiner Mythos ist. Die Studie von David Schubert und William Freese enthüllt fundamentale Fehler im Vorgehen von US-Konzernen und Regierung gleichermaßen. So seien die Datengrundlagen für die Genehmigung häufig allein von Daten der Konzernen selbst gespeist, die weder durch kritische Wissenschaftler/innen überprüft oder veröffentlicht worden sind. Basierend auf rund 100 Quellen belegen die Autoren, dass zwar das Vertrauen der Bevölkerung in die Gentechnik durch dieses Vorgehen gesteigert, die Vorgänge selbst aber nicht ausreichend wissenschaftlich abgesichert sind. Trotzdem werden US-Produkte in alle Welt exportiert. (jg)

Quelle: [www.foeeurope.org/press/2004/GR\\_16\\_Nov\\_scientific\\_papers.htm](http://www.foeeurope.org/press/2004/GR_16_Nov_scientific_papers.htm)

### Italien: Regionen können gentechnikfrei bleiben

Italien erlaubte Mitte November die Einfuhr von gentechnisch veränderten Organismen, gibt aber den Regionen ausdrücklich das Recht, gentechnikfrei zu bleiben. Schon 13 der insgesamt 20 Regionen, 27 Provinzen sowie fast 1.500 Städte und Gemeinden haben sich zu gentechnikfreien Zonen erklärt. Rund 70 % der Italiener/innen seien gegen Agrogentechnik. (jg)

Quelle: [www.blauen-institut.ch/Tx/tP/tpG/1041italy.pdf](http://www.blauen-institut.ch/Tx/tP/tpG/1041italy.pdf)

■

## Die Zukunft der Landschaft des Jahres 2003/2004

### Die Entdeckung des Lebuser Landes für den sanften Tourismus

Nach zwei Jahren intensiver Arbeit im Lebuser Land hat die Naturfreunde Internationale (NFI) gemeinsam mit den Naturfreunden aus Brandenburg und Polen im Oktober die ersten Ergebnisse in Form von Vorschlägen und Forderungen für die Zukunft der "Landschaft des Jahres 2003/2004" präsentiert. Dieses zweijährige Projekt will Ideen und Konzepte aufzeigen, die eine sanfte und nachhaltige Entwicklung der Region zu beiden Seiten der Oder ermöglichen.

### Naturlandschaft in der Grenzregion

Das noch weitgehend unentdeckte Lebuser Land bietet mit seinen ungewöhnlichen Reizen in der Natur, aber auch mit dem in Vergessenheit geratenen Kulturraum ausgezeichnete Chancen für eine grenzüberschreitende nachhaltige Entwicklung, die auch ökologische Ziele mit einbezieht. Dazu gehören der Schutz der bestehenden Naturräume genauso wie die Entwicklung des ökologischen Wirtschaftspotentials zur Sicherung einer sozialen Ausgewogenheit, z.B. mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im Ökolandbau und für nachhaltigen Kultur- und Naturtourismus.

### Sanfter Tourismus

Der erst langsam einsetzende Tourismus in dieses weitgehend noch intakte Natur- und Naherholungsgebiet und die noch nicht sehr stark ausgebauten Infrastrukturen lassen Chancen offen, sowohl eine sanfte Entwicklung zu gewährleisten als auch die Grenzen der wirtschaftlichen Nutzung aufzuzeigen. In der über zweijährigen Projektarbeit konnten gemeinsam mit lokalen Akteuren in Seminaren und Arbeitsgruppen Erkenntnisse gewonnen werden, die zum Schutz des Natur- und Kulturraumes und der Entwicklung eines sanften Tourismus im Lebuser Land führen.

### Ideen- und Forderungskatalog

Um die Attraktivität der Region als Ziel für sanften Tourismus zu fördern und gleichzeitig den Schutz der Natur in den Vordergrund zu stellen, schlagen die Naturfreunde eine Reihe von Maßnahmen vor. Im Blickfeld stehen dabei ein für die Region geradezu idealer Rad- und Wandertourismus sowie der öffentliche Nahverkehr. Als zentrale Aufgabe wird die Überwindung des Grenzflusses Oder mit Fähren

und weiteren Brücken - insbesondere für Fußgänger und Radfahrer - genannt.

Die wichtigsten Forderungen sind:

- Wiederherstellung und Einrichtung von Fähren über Oder, Neiße und Warthe
- Erstellung und Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen für grenzüberschreitende Rad- und Wanderwege mit Themenrouten, die die Natur- und Kulturgüter einbeziehen
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: Wiederinstandsetzung und Ausbau des regionalen Schienenverkehrs, Einsatz von Schienenbussen, Einführung eines Stundentaktes und von Tagesrandverbindungen mit Fahrradmitnahme, Einrichtung eines umweltfreundlichen Fähr- und Personenschiffsverkehrs
- Umsetzung eines nachhaltigen Werbe- und PR-Konzepts, das die sanfte Entwicklung und den Schutz der Natur in den Vordergrund stellt

Die Naturfreunde schlagen zudem die Schaffung eines Forums "Freunde des Lebuser Landes" vor, das die grenzüberschreitenden Aktivitäten und Initiativen koordiniert. Gefragt ist dafür überregionale politische Unterstützung und die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen.

### Folgeprojekte

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung im Lebuser Land werden die Naturfreunde u.a. mit dem Projekt "Natur- und Kulturwege" weiterhin aktiv sein. Bis Ende 2005 werden mit finanzieller Unterstützung der EU (Interreg) insgesamt 12 grenzüberschreitende Themenrouten für Radfahrer und Wanderer erarbeitet. Außerdem wurde eine Modellreise "tour d'horizon" für sanften und ökologischen Tourismus entwickelt. ■

Gastautor: Michael Procházka, Generalsekretär der Naturfreunde Internationale

### • Weitere Informationen

Naturfreunde Internationale (NFI),  
Diefenbachgasse 36, A-1150 Wien  
Tel. 00431-8923877, Fax -8129789  
eMail: m.prochazka@nfi.at  
www.nfi.at

Vollständiger Forderungskatalog und Beschreibung der modellhaften Aktivitäten im Lebuser Land: s.o. oder  
www.nfi.at/ldj

## Größter Urwald Europas bedroht

### Forstwirtschaft: Baumbestand im Bialowieza-Wald soll genutzt werden

Der größte Urwald Europas, der Wald von Bialowieza im Grenzgebiet von Polen und Weißrussland (Belarus), ist nach einem Bericht der 3Sat-Umweltsendung "Nano" bedroht. Der WWF und das Bialowieza-Forschungsinstitut protestieren gegen einen Vorstoß der Forstwirtschaft, den wertvollen Baumbestand zu "nutzen".

"Der Holzeinschlag ist die größte Belastung für den Wald", sagte Andrzej Bobiec vom Bialowieza-Forschungsinstitut, "selbst wenn er sich ökologisch nennt". In dem Teil, der bewirtschaftet werde, würden die Kahlschlagbereiche mit Monokulturen aus Fichten besetzt, die hochgradig anfällig für Schädlingsbefall seien. Der durch die Bewirtschaftung massenhaft auftretende Borkenkäfer diene dann als Argument dafür, auch noch im Nationalpark die Bäume zu "bearbeiten".

Stefan Jakimiuk vom WWF verwies auf den großen Artenreichtum europäischer Spechte im Wald, die nur dort seien, weil es tote Bäume im Wald gebe, wo sie Nistplätze und reichlich Nahrung (z.B. Borkenkäfer) finden. Die Vögel hielten die Bestände der Schadinsekten klein.

Umweltschützer/innen und Wissenschaftler/innen fordern deshalb, den gesamten Wald unter Schutz zu stellen, nicht nur die 20 Quadratkilometer, die derzeit vor dem Menschen geschützt sind. Wölfe, Luchse, Bären und Wisente haben seit dem Ende der letzten Eiszeit hier überlebt. Bereits Anfang des 15. Jahrhunderts war der Wald für Siedler und Holzfäller gesperrt. 1932 wurde der Wald von Bialowieza zum ersten polnischen Nationalpark erklärt; die Kernzone überstand selbst den Zweiten Weltkrieg. Insgesamt erstreckt sich das riesige Waldgebiet über mehr als 200 Quadratkilometer. (jg) ■

### • Weitere Informationen

WWF, Stefan Jakimiuk, Koordinator des Nationalparkprojektes Bialowieza  
Tel. 0048 85 6812733,  
0048 606 856777  
eMail: sjakimiuk@wwf.pl

Quelle:  
www.3sat.de/nano/cstuecke/73023

## 25 Jahre Vogelschutzrichtlinie: Kein Grund zum Feiern

### Birdlife-Studie zeichnet pessimistisches Bild

Auf einer im November von der niederländischen Ratspräsidentschaft einberufenen Konferenz zum 25. Jahrestag der EU-Vogelschutzrichtlinie in Bergen (Norwegen) haben sich die Vertreter der Mitgliedstaaten auf einen entschlosseneren Schutz der wildlebenden Vögel in Europa geeinigt. Die an die nationalen Umweltminister adressierten Empfehlungen beinhalten eine fristgerechte Ausweisung der Vogelschutzgebiete (Natura 2000) auf dem Land bis 2005 sowie auf See bis 2008, eine stärkere Integration der Schutzziele in die Schlüsselpolitikfelder Verkehr, Fischerei-, Land- und Forstwirtschaft und die Verknüpfung des Vogelschutzes mit dem EU-Ziel, den Rückgang der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen.

### Artenvielfalt bei Vögeln nimmt ab, BirdLife fordert mehr EU-Fördermittel

Grund zur Besorgnis bietet die zu diesem Anlass veröffentlichte Studie "Birds in Europe 2004" von Birdlife International, in der 43 Prozent (211 Arten) der heimischen Vogelarten in einen "ungünstigen Erhaltungszustand" eingestuft wurden. Gegenüber 1994 hat sich der Zustand sogar verschlechtert: die Vorkommen von 45 europäischen Arten sind noch einmal zurückgegangen, nur bei 14 Arten wuchsen die Bestände. Neben den Empfehlungen, die auf der Konferenz getroffen wurden, unterstreicht Birdlife die Forderung vieler Umweltverbände nach einem angemessenen EU-Fördertopf für Naturschutzziele. (tf) ■

### • Weitere Informationen

NABU e.V., Markus Nipkow, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-155  
www.nabu.de  
www.birdlife.net

## Newsticker

### WWF: Wälder brauchen mehr Totholz - Basis für Artenvielfalt im Wald

Der Rückgang an "toten" Hölzern führt zu einem dramatischen Artenverlust in den EU-Wäldern, so der im Oktober veröffentlichte WWF-Bericht "Deadwood - Living Forests" (Totholz - lebendige Wälder). Mit der Beseitigung von Totholz und Altbäumen verschwinden auch Spechte, Fledermäuse, Eichhörnchen, Käfer, Pilze und Flechten. Laut WWF ist ein Drittel der Waldtier- und -pflanzenarten auf Totholz angewiesen. Zusammen bilden sie die größte Gruppe gefährdeter Arten in Europa. Der WWF schätzt, dass der Totholzanteil in den EU-Wäldern auf weniger als fünf Prozent des natürlichen Holzvorkommens geschrumpft ist. In einem unbewirtschafteten europäischen Wald könne bis zu einem Viertel des Holzes Totholz sein. Der WWF forderte Regierungen, Forstbesitzer und Industrie auf, mehr "Altholzinseln" im Wald zu lassen und die Totholzmenge bis 2030 auf 20-30 m<sup>3</sup>/ha zu erhöhen. Auch die Praxis, nach Stürmen abgeknickte Baumstämme zu entfernen, sei falsch. (jg) WWF, Michael Evers, Frankfurt a. M., Tel. 0160 / 90760966, Fax 069 / 617221, eMail: info@wwf.de, www.wwf.de Broschüre im Internet (englisch): www.panda.org/downloads/forests/deadwoodwithnotes.pdf

### Bodenschutz: UBA und NGOs rufen EU-Kommission zum Handeln auf

Der Umwelt-Dachverband EEB und das Umweltbundesamt (UBA) fordern die neue EU-Kommission auf, die Arbeit ihrer Vorgänger fortzusetzen und gemäß dem 6. EU-Umweltaktionsprogramm bis Juni 2005 eine EU-Bodenschutzstrategie inklusive gesetzlicher Maßnahmen vorzulegen. Trotz der allgemein begrüßten Schwerpunktsetzung für Bodenschutz durch die niederländische EU-Präsidentschaft sehen Experten die Gefahr, dass sich Minimalstandards in der Strategie durchsetzen. Obwohl der Boden zu den Lebensgrundlagen zählt, wird er politisch wenig wahrgenommen. In Europa sind mittlerweile 6-9 % versiegelt und 17 % durch Erosion beeinträchtigt. Das EEB fordert ehrgeizige Gesetzesmaßnahmen, um die Bodenfunktionen nachhaltig zu schützen. (tf) EEB, Melissa Shinn, Brüssel, Tel. 0032 2 / 2891300, eMail: melissa.shinn@eeb.org, www.eeb.org; UBA, Berlin, Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285, www.uba.de

### Landnutzungsänderungen: Digitale Europa-Landkarte der EEA

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im November eine digitale Landkarte über die Bodenbedeckung Europas vorgestellt (Corine Land Cover - CLC-2000). Darauf sind die Landnutzungsänderungen seit Anfang der 90er Jahre ablesbar. Entscheidungsträger können so die Auswirkungen ihrer Maßnahmen etwa im Agrar- oder Verkehrssektor im Hinblick auf die begrenzten Bodenressourcen und die stoffliche Belastung der Umwelt nachvollziehen. CLC-2000 ist im Internet verfügbar. Dort können auch Karten zur Illustration der zwischen 1990 und 2000 in ausgewählten Gebieten beobachteten Veränderungen heruntergeladen werden. (tf) EUA, Infocenter, Kongens Nytorv 6, DK-1050 Copenhagen K, Tel. 0045 / 33 36 71-00, Fax -99, www.eea.eu.int CLC-2000: <http://dataservice.eea.eu.int> Veränderungen in ausgewählten Gebieten 1990-2000: <http://image2000.jrc.it>

### Biodiversität: Terminkalender 2005

Alle Termine für 2004 und 2005 zur Biodiversitätskonvention und verwandten Themen enthält ein CBD-Kalender. (jg) [www.biodiv.org/doc/lists/events.pdf](http://www.biodiv.org/doc/lists/events.pdf)

### Tiertransporte: Einigung über Verordnung, Tierschützer enttäuscht

Die EU-Kommission und der Ministerrat einigten sich am 22. November auf eine neue Verordnung über Tiertransporte. Die für die Tierschutzverbände wichtigsten Punkte - Transportzeitbegrenzung auf acht Stunden und größeres Platzangebot - wurden jedoch erneut nicht verhandelt, da die Positionen der Mitgliedstaaten zu weit auseinander liegen. Die beiden Bereiche wurden schließlich ausgeklammert, bis entsprechende Erkenntnisse aus den Mitgliedstaaten vorliegen. Durch den Kompromiss wurde eine Minimalversion der Verordnung erarbeitet, wodurch neue Instrumente für die Verbesserung der Tiertransporte (Satellitenavigation zur Überwachung, mechanische Belüftung, Tränkvorrichtungen, bessere Ausbildung der Fahrer, einheitliche Routenpläne) möglich werden. (tf) <http://europa.eu.int//rapid> (Reference: IP/04/1391) Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn, Tel. 0228 / 60496-0, Fax -41, eMail: bg@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de ■

## Alpenkonvention kommt voran - außer beim Verkehr

### Bilanz des Vorsitzes: Hat Deutschland sein Arbeitsprogramm erfüllt?

Zwei Jahre lang hatte die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz in der Alpenkonvention, nun wechselt der Vorsitz turnusgemäß: Bei der achten Sitzung der Umweltminister am 16. November hat Jürgen Trittin das Staffelholz an seinen Kollegen aus Österreich, Josef Pröll, weiter gegeben. Für die zwei Jahre Vorsitz hatte sich Trittin, "der erste 'Fischkopp', der den Alpen vorsteht" (wie er von sich selbst sagte), ein ehrgeiziges 10-Punkte-Programm gegeben:<sup>1</sup>

#### 1. Ständiges Sekretariat ✓

Ein funktionsfähiges ständiges Sekretariat wurde eingerichtet und hat seinen Sitz in Innsbruck. Leider konnten sich die Umweltminister nicht auf einen Generalsekretär einigen, so dass es auch für die nächsten zwei Jahre lediglich einen "Interims-Generalsekretär" geben wird.

#### 2. Überprüfungsausschuss ✓

Zur Entwicklung eines Überprüfungsausschusses zur Einhaltung der Alpenkonvention wurde ein Berichtsformat erarbeitet. Erstmals wird im August 2005 ein Bericht vorliegen.

#### 3. Ratifizierung des Verkehrsprotokolls ✗

Die Ratifizierung des Verkehrsprotokolls durch alle Vertragspartner ist weiterhin das größte Problem der Alpenkonvention, die Ratifizierung durch Frankreich, die Schweiz, Italien und vor allem durch die EU steht aus. Konkrete Umsetzungsschritte, wie die Einführung eines alpenweiten Mautsystems, werden von der lokalen Bevölkerung dringend erwartet.

#### 4. Alpenweites Indikatorensystem ✓

In den vergangenen zwei Jahren wurde ein alpenweites Indikatorensystem entwickelt. Nun geht es darum, dieses auch alpenweit anzuwenden.

#### 5. Netzwerk "Naturgefahren" ✓

Ein Konzept zur Einrichtung einer "Plattform Naturgefahren" ist erarbeitet und soll in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden.

#### 6. Nachhaltige Tourismusformen ✗

Ein Konzept für ein Skigebiets-Audit wurde erarbeitet, von nachhaltigen Tourismusformen sind die Alpen allerdings noch weit entfernt. In Tirol wurde in den vergangenen zwei Jahren entgegengesetzt gearbeitet, so kam es zur Aufweichung des Naturschutzgesetzes und eine Erweiterung von Skigebieten, auch in Gletschergebieten, ist geplant.

#### 7. Grenzüberschreitende Schutzgebiete ✗

Ein Vorschlag zur Eingliederung des "Netzwerkes alpiner Schutzgebiete" wurde erarbeitet. Von der Umsetzung ist man noch ein gutes Stück entfernt.

#### 8. Protokoll "Bevölkerung & Kultur" ✗

Ein lang gehegter Wunsch der alpinen NGOs ging nicht in Erfüllung: das Protokoll wurde von der Umweltministerkonferenz auf das Abstellgleis des mehrjährigen Arbeitsprogramms abgeschoben.

#### 9. Vernetzung der Alpenkonvention mit anderen Bergregionen ✓

Insbesondere Deutschland hat sich um Partnerschaften im Kaukasus, Karpaten und Zentralasien bemüht. In der Realpolitik ist man von einer wirklichen Umsetzung noch weit entfernt. Mit dem vorgeschlagenen Beitritt zur "Global Mountain Partnership" würde aber ein richtiger Schritt gemacht.

#### 10. Mehrjähriger Arbeitsplan für das Alpenregime ✓

Ein umfassendes Papier wurde erarbeitet mit vier Themenschwerpunkten: "Mobilität & Transitverkehr", "Gesellschaft & Kultur", "Tourismus & Sport", "Natur & Land- und Forstwirtschaft". Nun heißt es für Österreich: frischen Mutes ans Werk!

#### Resümee des Deutschen Alpenvereins

Deutschland hat alles in allem gute Vorarbeiten geleistet. Österreich sollte rasch mit einem konkreten Arbeitsprogramm zur Umsetzung beginnen.

### Die Alpenkonvention, das unbekannte europäische Regelwerk?

Die Alpenkonvention ist ein Rahmenvertrag, der grenzüberschreitend den Schutz und eine umweltgerechte, zukunftsfähige Entwicklung der gesamten Alpenregion gewährleisten soll. Das 1991 unterzeichnete Übereinkommen trat 1995 in Kraft. Zu den Vertragsparteien gehören alle acht Alpenstaaten

- Deutschland
- Frankreich
- Italien
- Liechtenstein
- Monaco
- Österreich
- Schweiz
- Slowenien

sowie die Europäische Union.

### Völkerrechtlich bindend, konkrete Gestaltung in Protokollen

Die Alpenkonvention ist das bisher einzige völkerrechtlich verbindliche Übereinkommen zum Schutz einer Bergregion im Herzen Europas. Sie gibt die grundlegende Ausrichtung einer nachhaltigen Entwicklung in den gesamten Alpen vor. Zu Detailfragen findet man jedoch im "Übereinkommen zum Schutz der Alpen" - so der offizielle Titel - keine Ausführungen.

Diese umfassenden Aussagen werden in den so genannten Protokollen präzisiert. Es gibt neun Protokolle:

- Verkehr
- Raumplanung/nachhaltige Entwicklung
- Naturschutz/Landschaftspflege
- Berglandwirtschaft
- Bergwald
- Tourismus
- Bodenschutz
- Energie
- Streitbeilegung

Alle neun Protokolle der Alpenkonvention wurden bislang nur von Österreich, Liechtenstein, Slowenien und Deutschland ratifiziert. Die anderen Staaten und auch die EU halten sich vornehm zurück. Mit der Ratifizierung der Protokolle durch drei Alpenstaaten haben diese Protokolle in den Unterzeichnerstaaten gesetzliche Gültigkeit. So wurde beispielsweise die Erweiterung eines Skigebietes bei Innsbruck mit der Begründung, es widerspreche dem Bodenschutzprotokoll, von den Behörden abgelehnt.

<sup>1</sup> Bewertung aus Sicht des Deutschen Alpenvereins:

- ✓ Programmpunkt erfüllt
- ✗ Programmpunkt nicht erfüllt

### Wichtigste Themen für die nahe Zukunft

Mit der Ratifizierung allein ist es jedoch nicht getan. Jetzt müssen die Staaten auch zur Umsetzung der in der Konvention geforderten ganzheitlichen Politik stehen. Konkrete Maßnahmen in verschiedenen Bereichen müssen ergriffen werden. Die wichtigsten Themen sind nach Ansicht des Deutschen Alpenvereins:

#### Verkehr:

Italien sollte aus seiner "Blockade-Ecke" geholt und gemeinsam mit der EU, der Schweiz und Frankreich zur Ratifizierung des Verkehrsprotokolls motiviert werden. Mit der EU-Wegekostenrichtlinie könnten die richtigen Akzente gesetzt werden, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

#### Tourismus:

Das Aufschaukeln der Erschließungsspirale mit Liftanlagen, Skipisten und Gletscherskigebieten ist zu stoppen. Ein Audit für Skigebiete reicht dazu nicht!

#### Landwirtschaft:

Eine Anpassung der Förderpolitik an die besonderen alpinen Verhältnisse ist dringend notwendig. Die Alpen sind in erster Linie Kulturlandschaft und benötigen dringend die nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft.

#### Öffentlichkeitsarbeit:

Die Alpenkonvention ist noch immer zu wenig bekannt. Eine PR-Kampagne ist dringend notwendig. Bei der Umsetzung sollte die Alpenkonvention weniger als Instrument der Verhinderung als vielmehr als ein Gestaltungsinstrument gesehen werden. ■

Gastautor: Stefan Witty, Deutscher Alpenverein

#### • Weitere Informationen

Deutscher Alpenverein (DAV), Stefan Witty, Leiter der Abteilung Natur- und Umweltschutz, Von-Kahr-Str. 2-4, 80997 München  
Tel. 089 / 14003-71, Fax -64  
eMail: stefan\_witty@alpenverein.de  
www.alpenverein.de

### Verkehrsvermeidung auch in der neuen EU kein Thema

#### EU-Kommission nur mit Sicherung von Mobilität und Wettbewerb befasst

Wer sich die Pressemitteilungen der EU-Kommission im Oktober anschaut, gewinnt den Eindruck, dass in Europa kein müder Euro für Verkehrsvermeidung ausgegeben wird. Staatliche Beihilfen werden grundsätzlich unter dem Gesichtspunkt "Wettbewerbsverzerrung ja/nein" beurteilt.

#### Seehäfen in Belgien werden ausgebaut und erschlossen

Die Region Flandern hat nachträglich die Erlaubnis erhalten, von 2001-2004 ihren Seehäfen bis zu 342 Mio. Euro für Investitionen in die Infrastruktur zuzuweisen. Neben dem Ausbaggern der Zugangsstrecken zu den Häfen Antwerpen, Brugge-Zeebrugge und Oostende sowie für Seeschleusen und interne Zugangsstrecken (Fahrrinnen und Wendeböden) werden die staatlichen Gelder für Bau und Unterhaltung von Hafeninfrastrukturen verwendet. Auch Schienenstrecken mit Nebengleisen, die vor Ort benötigt werden, und interne Zugangsstraßen werden finanziert.

#### Trotz Klimawandel und Billigfliegen: EU subventioniert neue Flugstrecken

Damit die Bewohner/innen der Karibikinseln Gualoupe und Martinique leichter ins "Mutterland" Frankreich kommen, bezahlt der Staat Beihilfen (von der EU-Kommission genehmigt) an die Fluggesellschaft Air Caraïbes. Diese kann so "die Kosten des Kapitals senken, das sie für die Bedienung der neuen Strecken benötigt". Auch die Behörden der Autonomen Region Katalonien durften der Luftfahrtgesellschaft Intermed SL Zuschüsse für die Aufnahme der Luftverkehrsverbindung zwischen Gerona und Madrid zahlen. Insgesamt etwa 1 Mio. Euro Beihilfen wurden 2002-2005 gezahlt. Die ökologischen Kosten tragen Natur und Gesellschaft.

Die EU wird sich übrigens auch mit rund 28 Mio. Euro am Neubau der Bundesautobahn A 20 in Mecklenburg-Vorpommern von Grimmen/Ost bis zur Anschlussstelle Straßburg beteiligen. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

#### • Weitere Informationen

Quelle: <http://europa.eu.int/rapid>, Reference IP/04/1265 bis 1267

### Nordamerika: Fortschritte bei Spar-Autos

#### Kanada will Treibhausgas-Emissionen aus Autos um 25 % reduzieren

Umweltfreundliche Autos könnten sich schneller auf dem nordamerikanischen Automarkt verbreiten als erwartet, meldet der "Independent". Die kanadische Regierung hat sich Mitte November verpflichtet, bis 2010 die Treibhausgase aus den verkauften Autos in den Landesgrenzen um 25 % zu reduzieren. Somit zieht Kanada gleich mit Kalifornien und sieben nordöstlichen US-Bundesstaaten einschließlich New Jersey und New York, die sich ebenfalls in diesem Bereich um Reduktion bemühen. Dies betreffe immerhin ein Drittel des gesamten nordamerikanischen Automarktes. Die kanadische Entscheidung wird somit den Druck auf die Autoindustrie vermehren, umweltfreundlichere Autos mit höheren Emissionsstandards zu produzieren.

#### Kalifornien hat noch weiter gehende Ziele

Kalifornien hatte im September eine Vereinbarung getroffen, die höhere Luftqualitätsstandards als auf föderaler US-Ebene fordert und sogar noch weiter gehende Ziele bei der Emissionreduktion durch Autos hat: 30 % weniger bis 2016. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: Independent 19.11.2004 (Autor: David Osborne):  
<http://news.independent.co.uk/world/environment/story.jsp?story=584367>

## Beim Meeresschutz keine Verbindlichkeiten

### Interview mit Stephan Lutter, WWF-Referent Internationaler Meeresschutz

Vor fast genau zwei Jahren hat die EU-Kommission eine Mitteilung zur Europäischen Meeresstrategie veröffentlicht<sup>1</sup>, die nach eigener Beschreibung ein "radikal neues Konzept für Schutz und Erhaltung mariner Ökosysteme sowie zur Förderung einer nachhaltigen Nutzung mariner Ressourcen" beinhaltet. Ziel ist eine integrierte Politik für die Meeresumwelt, ein erster Schritt zu einer der sieben "thematischen Strategien", die im sechsten Umweltaktionsprogramm der EU angekündigt wurden. Die Kommission führte damit "ein an den Ökosystemen ausgerichtetes Managementkonzept ein, das eng auf die Vorschläge der Kommission zur Reform der Fischereipolitik abgestimmt ist". Wir fragten Stephan Lutter nach seinen Eindrücken vom letzten internationalen Treffen der Interessengruppen.

### Herr Lutter, Sie kommen gerade aus Rotterdam vom Treffen zur EU-Meeresschutz-Strategie. Wie sah die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung der "thematischen Strategie" aus?

Eine erste so genannte Stakeholderkonferenz fand 2002 in Køge (Dänemark) statt. Dort trafen sich nicht nur Nichtregierungsorganisationen, sondern auch Interessengruppen aus Wirtschaft und Fischerei und Vertreter der regionalen Abkommen [siehe Kasten]. Außerdem diskutierten auch Vertreter von Anrainerstaaten mit, die Nicht-EU-Mitglieder sind. Das Mittelmeer zum Beispiel ist ja auch von vielen nordafrikanischen Staaten umgeben und beeinflusst, so dass ein umfassendes Schutzkonzept natürlich nicht an den Grenzen der EU Halt machen darf. Zu den Themen "Ökosystemansatz", "Schadstoffe" und "Bestandsaufnahme und Monitoring" wurden Arbeitsgruppen gebildet, die von der Generaldirektion Umwelt organisiert wurden und auch nach dieser Konferenz weiter arbeiteten. Eine zusätzliche Arbeitsgruppe entwickelte 22 Ziele der thematischen Strategie.

Vom 10. bis 12. November fand jetzt die zweite Stakeholder-Konferenz mit etwa

150 Teilnehmern in Rotterdam statt. Der Schwerpunkt der Diskussion in drei parallelen Workshops lag auf der ökosystemaren Ausrichtung des europäischen Meeresschutzes, den möglichen Instrumenten zur Umsetzung und der Rolle der Meeresregionen dabei. Interessant war z.B. die vom Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES) erarbeitete Karte der europäischen Gewässer, die insgesamt 13 Ökoregionen ausweist. Die Meere werden also nicht mehr rein geopolitisch wie bei den regionalen Abkommen, sondern tatsächlich in sinnvolle ökologische Einheiten eingeteilt. Das ist für den WWF sehr interessant, da wir diese Forderung immer gestellt haben. Allerdings erfordert ein solcher konsequenter ökoregionaler Ansatz auch völlig neue Managementstrukturen für menschliche Nutzungen und Eingriffe in der Meeresfläche, seien es Offshore-Anlagen oder die Fischerei. Viele Maßnahmen in diesem Bereich müssen stärker an den ökologischen Gegebenheiten vor Ort ausgerichtet werden als bisher.

### Wie sieht es mit der politischen Verbindlichkeit aus? Soll aus der thematischen Strategie eine Richtlinie werden oder gar eine Verordnung?

Das interessiert uns aus NGO-Sicht - wir arbeiten mit Geenpeace, BirdLife, IFAW, OCEANA und Seas At Risk zusammen - natürlich auch am allermeisten. Man hat die Katze aber nicht aus dem Sack gelassen. Für uns ist klar, eine rechtlich verbindliche Rahmenrichtlinie zum Meeresschutz macht nur Sinn, wenn sie gleichzeitig eine Integration aller wesentlichen Bereiche, z. B. Fischerei und Verkehr, vorantreibt. Sonst haben wir weiterhin einen Widerspruch zwischen der Ausrichtung von Fischereipolitik, Chemikaliengesetzgebung, Schifffahrt und Meeresumweltschutz. Wenn die sektorale Aufsplitterung auf EU-Ebene nicht überwunden wird, ist es sogar besser, die regionalen Meeresschutzabkommen und -instrumente weiter zu stärken, von denen wichtige Ziele schon gesetzt sind. Die von OSPAR, HELCOM u.a. erarbeiteten Standards dürfen durch eine einheitliche EU-Meeresschutz-Strategie nicht verwässert werden. Die Kommission arbeitet zwar mit so genannten Interservice-Groups zwischen den Direktoraten, aber es gibt keine Hinweise auf eine permanente Meeresschutz-Arbeitsgruppe, die wirklich integrieren würde. Insofern darf man gespannt sein, wie es jetzt weitergeht. In Rotterdam wurde

### Regionale Abkommen zum Meeresschutz

#### OSPAR

Oslo-Paris-Konvention. Dieses Abkommen (benannt nach den beiden Vorläufern Oslo-Konvention und Paris-Konvention) wurde 1992 gegründet zum Schutz der Meeresumwelt von Nordsee und Nordostatlantik. Seit 1998 in Kraft. Anlage 5 zum Schutz der Biodiversität seit 2000 in Kraft. Fünf thematische Strategien. Einzelbeschlüsse völkerrechtlich verbindlich.

#### HELCOM

Übereinkommen von Helsinki zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Konvention) von 1974, 1992 überarbeitet; beinhaltet völkerrechtliche Regelungen für die Zusammenarbeit der einzelnen Vertragsparteien zur Einhaltung der in der Übereinkunft festgelegten Grundsätze im Ostseeschutz. Ziele der Kooperation sind die ökologische Wiederherstellung der Ostsee und die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts. Einzelempfehlungen völkerrechtlich nicht verbindlich.

#### Übereinkommen von Bukarest

Übereinkommen von 1993 zum Schutz des Schwarzen Meeres vor Verschmutzung. Zusätzlich Aktionsplan zum Schutz der Biodiversität.

#### Übereinkommen von Barcelona

Übereinkommen von 1999 zum Schutz des Mittelmeergebietes. Protokolle u.a. zur Verhütung von Meeresverschmutzung und zu Meeresschutzgebieten.

(siehe auch EUR Sonderteil 09/10.04)

<sup>1</sup> "Hin zu einer Strategie zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt", Dokument KOM (2002) 539endg

da ziemlich um den heißen Brei herum geredet. Klar ist, dass die Ergebnisse aus dem Stakeholderprozess zur Mitteilung der Kommission bis Sommer 2005 in der fertigen thematischen Strategie veröffentlicht werden sollen. Dieses Papier wird dann an Parlament und Rat weitergegeben zur Abstimmung.

### Welches wären die Schritte für das weitere Vorgehen aus der Sicht der Umweltverbände?

Sobald wir wissen, ob diese thematische Strategie nun in eine Rahmenrichtlinie fließen soll, müssen wir sehr sensibel auf die Umsetzung achten. Bei den übergreifenden Zielen wie der Einleitung gefährlicher Stoffe müssen wir verhindern, dass die bereits verbindlichen Ziele der Regionalabkommen abgeschwächt werden - wie im Fall der Wasser-Rahmenrichtlinie bereits einmal geschehen, als das für alle Umweltgifte geltende Generationenziel der 4. Nordseeschutzkonferenz<sup>1</sup> nur auf bestimmte Stoffen angewandt wurde. Die anstehende Reform der EU-Chemikalienpolitik (REACH) spielt übrigens auch für den Meeresschutz eine Schlüsselrolle.

Zudem müssen die regionalen Meeresschutzkommissionen [siehe Kasten rechts] das Mandat erhalten, Raumplanung auf See voranzutreiben, Anforderungen für das Management in Schutzgebieten sowie an eine umweltverträgliche Fischerei zu definieren. Ihre Rolle bleibt auch unverzichtbar, wenn es um die Einbeziehung von Anrainerstaaten geht, die nicht zur EU gehören.

**Vielen Dank für das Gespräch!**  
(jg) ■

<sup>1</sup> Bereits Mitte bis Ende der neunziger Jahre haben sich die Vertragsstaaten des OSPAR- und Helsinki-Übereinkommens wie auch der Internationale Nordseeschutzkonferenz (INK) auf ein so genanntes Generationenziel geeinigt, in dem vereinbart wurde, bis zum Jahr 2020, also innerhalb einer Generation, die Emissionen, Einleitungen und diffusen Verluste von als gefährlich klassifizierten Stoffen zu beenden. Damit sollen die Schadstoffkonzentrationen in der Meeresumwelt bis "auf Null", beziehungsweise bis auf die Hintergrundkonzentrationen gesenkt werden. Bisher ist das Generationenziel weder im EU-Recht noch im deutschen Recht zufriedenstellend verankert worden.

### Gemeinsame Forderungen der Umwelt-NGOs zur EU-Meeresschutz-Strategie (EMS)

Die EMS soll:

- eine strenge gesetzliche Basis haben, dabei aber über bestehende Verpflichtungserklärungen noch hinausgehen
- auf Grundsätzen der EU-Umweltpolitik basieren, z.B. Vorsorgeprinzip
- dem Ökosystemansatz folgen und klare, umsetzbare Ziele zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer intakten Meeresumwelt haben
- die Rolle der Meeresschutzabkommen anerkennen und von ihnen beschlossenen Ziele und Zeitlinien übernehmen, z.B. das Jahr 2020 für die Eliminierung von Schadstoffen und 2010 für die Entwicklung eines Netzwerkes von Meeresschutzgebieten
- die politische Position der EU zum Meeresschutz gegenüber Drittstaaten und der UN (Hohe See) darstellen
- das Management aller für die Meeresumwelt bedrohlichen Nutzungen und Aktivitäten integrieren und an den Erfordernissen des Ökosystems ausrichten
- in transparenter Weise weiterentwickelt und in ein Rechtsinstrument übersetzt werden

Gemeinsames NGO-Positionspapier:  
[www.panda.org/news\\_facts/publications/europe/index.cfm](http://www.panda.org/news_facts/publications/europe/index.cfm)

### • Weitere Informationen

WWF, Stephan Lutter, Referent für Internationalen Meeresschutz, Am Guetpohl 11, 28757 Bremen  
Tel. 0421 / 65846-22, Fax -12  
eMail: [lutter@wwf.de](mailto:lutter@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Bei der EU-Kommission zuständig:  
Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Abteilung D2 (Protection of Water & Marine Environment), Ben van de Wetering, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-58312, Fax -96198

## UN verpasste Chance für Tiefseeschutz

### Generalversammlung vertagte Entscheidung zu Fischerei-Moratorium

Trotz zahlreicher Proteste und Aufrufe von Vertreter/innen aus Umweltschutz und Wissenschaft, ist das Fischen mit schweren Netzen auf dem Grund der Tiefsee weiterhin erlaubt. Die UN-Generalversammlung hat eine Entscheidung über ein Aussetzen der Bodenschleppnetzfisherei vertagt. Dabei feierte sie Mitte November das zehnjährige Bestehen der Seerechtskonvention, die auch die Fischerei außerhalb nationaler Hoheitsgewässer regelt.

### NEAFC hat Verbot durchgesetzt

Eigentlich schien den Umweltorganisationen die Zeit für einen solchen Vorstoß günstig, denn die Nordostatlantische Fischereikommission (NEAFC) hatte kurz vor der UN-Vollversammlung nach langen und harten Verhandlungen beschlossen, den Gebrauch von Bodenschlepp- und Stellnetzen sowie Langleinen in fünf Gebieten entlang des Mittelatlantischen Rückens nordwestlich von Irland zu verbieten. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass eine Fischereiorganisation Gebiete in internationalen Gewässern unter Schutz stellt. Eingbracht hatte diesen Vorschlag die norwegische Regierung während der Jahrestagung von NEAFC in London.

### Fragil und kostbar: die Tiefsee

Umweltorganisationen fordern schon seit langem, die fragilen und wertvollen Ökosysteme der Tiefsee unter besonderen Schutz zu stellen. Besonders Korallenriffe und Tiefseeberge würden bei der destruktiven Bodenschleppnetzfisherei unweiderrufflich zerstört, dabei seien die Tiefen der Meere bei weitem noch ausreichend erforscht. Die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen der großen Fischereinationen torpedierten aber auch hier den Naturschutz unter Wasser. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace International, Ottho Helldringstraat 5, NL-1066 AZ Amsterdam  
Tel. 0031 20 / 514815-0, Fax -1  
[www.greenpeace.org/savedeepsealife](http://www.greenpeace.org/savedeepsealife)

## Keine juristische Einigung bei Meeresverschmutzung

### Europäischer Strafraumen vorerst gescheitert

Am Widerstand von Griechenland, Malta und Zypern ist eine gemeinsame europäische Rechtsregelung für einen Strafraumen bei Meeresverschmutzung vorläufig gescheitert - das meldete die österreichische Tageszeitung "Der Standard" Ende Oktober. Das Bündnis der drei Seefahrer-Nationen habe eine Einigung der EU-Justizminister in Luxemburg verhindert, die gemeinsame Maßstäbe zur Bestrafung von Kapitänen und Unternehmen bei Umweltverschmutzungen auf See anstrebten. Die EU hatte das Vorhaben nach dem Untergang des Öltankers "Prestige" vor Spaniens Atlantikküste auf den Weg gebracht.

Der niederländische Justizminister Piet Hein Donner erwartet keine baldige Bewegung der drei ablehnenden Staaten bei diesem Thema, sagte er Medienvertretern. Wirksame Strafen für Meeresverschmutzer sind scheinbar politisch nicht gewollt. Die Staats- und Regierungschefs haben dem Ministerrat allerdings einen entsprechenden Auftrag erteilt - es bleibt abzuwarten, ob sie diesen Auftrag nun auch zur Durchsetzung bringen. Es scheint nötig zu sein, immer wieder auf dramatische Unfälle hinzuweisen.

### Schiffunglücke mit Ölverlust (Auswahl)

- März 1978, Bretagne. "Amoco Cadiz", 223.000 Tonnen.
- Juli 1979, Venezuela. "Atlantic Express" und "Aegean Captain", 350.000 Tonnen.
- März 1989, Alaska. "Exxon Valdez", 42.000 Tonnen.
- Februar 1996, Wales. "Sea Empress", 70.000 Tonnen.
- Dezember 1999, Bretagne. "Erika", 17.000 Tonnen.
- November 2002, Spanien. "Prestige", 40.000 Tonnen.

Quelle: [www.dradio.de/dlf/sendungen/wib/233306](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/wib/233306)

### Noch immer Öl an Spaniens Küsten - Demonstrationen am 2. Jahrestag

Der Unfall des mit 77.000 Tonnen Öl beladenen Tankers "Prestige" mit verheerenden Auswirkungen auf Flora, Fauna und Ökosysteme jährte sich zum zweiten Mal. Die mit Schweröl beladene "Prestige" war am 13. November 2002 vor der Nordwestküste Spaniens in Seenot geraten, später auseinander gebrochen und gesunken. Über 1000 Kilometer Küste wurden verseucht (EUR 11/12.02, Sonderteil 06.03).

Rund 20.000 Menschen demonstrierten am Jahrestag in Santiago de Compostela. Bisher haben die Fischer noch keine Entschädigung erhalten - die Entsorgung der gesammelten Ölreste ist unklar - auch Seenotrettungsschiffe oder Ölpumpschiffe für das Land mit der längsten Küste in Europa sind noch nicht beschafft worden, schreibt Ralf Streck in seinem Artikel "Bilanz zwei Jahre nach der Ölpest". Eine Studie der baskischen Regionalregierung gehe davon aus, dass noch etwa 3000 Tonnen Öl allein die baskische Felsenküste bedecken, unsichtbar bedeckt es zum Teil auch den Meeresgrund und lagere sich in Meerestieren an. Eine Studie der Fischereigemeinschaften in Galizien habe einen Rückgang der Fangquoten von Meeresfrüchten und Fischen von etwa 30 Prozent ermittelt.

Zwar können rein juristische Bestrafungsmaßnahmen solche Unfälle nicht verhindern, aber man fragt sich schon, was eigentlich noch passieren muss, damit das Vorsorgeprinzip in der EU auch beim Meeresschutz volle Durchschlagskraft entwickelt. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR-EU-Koordination

### • Weitere Informationen

Quellen: Der Standard (dpa/AP), 27.10.2004, <http://derstandard.at/?url=/?id=1837498>  
Ralf Streck, 14.11.2004, <http://de.indymedia.org/2004/11/98931.shtml>

## Newsticker

### Parlament fordert Sonar-Moratorium

Das EU-Parlament fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, ein Moratorium für die Entwicklung von Unterwasser-Sonar-Systemen zu beschließen, bis eine umfassende Bewertung der Umweltauswirkungen auf Meeressäuger, Fische und sonstige Arten erfolgt ist. Eine entsprechende Anfrage stellte der Christdemokrat Karl-Heinz Florenz im Namen des Umweltausschusses. Forschungsergebnisse bestätigen, dass die sehr lauten Sonartöne für Meerestiere eine erhebliche Gefahr darstellen (EUR 09/10.04, S. 8). Die EU-Kommission soll die möglichen Wirkungen untersuchen lassen und auf der Grundlage der Daten der Mitgliedstaaten für eine Bewertung der gegenwärtigen Praktiken in den EU-Gewässern sorgen. (jg)

Karl-Heinz Florenz, Tel. 02845-77171, [europabuero.niederrhein@t-online.de](mailto:europabuero.niederrhein@t-online.de)  
Dokument Nr. B6-0089/2004 (schnelle Internet-Suche z.B. mit [www.google.de](http://www.google.de))

### Fischereiwirtschaft: Erster Regionaler Beirat tagte, sechs sollen noch folgen

Vertreter/innen aus Wissenschaft, Fischerei, Umwelt- und Verbraucherschutz aus neun EU-Staaten und der EU-Kommission trafen sich im November in Edinburgh (Schottland) zur ersten Sitzung des Regionalen Beirates für die Nordsee (North Sea Regional Advisory Council - NSRAC). Die Beiräte sollen innerhalb der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) alle Akteure beim Fischereimanagement in den jeweiligen Regionen einbeziehen, Kommission und Mitgliedstaaten beraten und für zuverlässige Daten sorgen. Insgesamt soll es sieben regionale Beiräte geben: Nordsee, Ostsee, Mittelmeer, Nordwestliche sowie Südwestliche Gewässer, pelagische Arten (Hochseefische) in allen Gebieten und Fernfischereien. Fünf Jahre lang erhalten die Beiräte EU-Zuschüsse. (jg)

Quellen: <http://europa.eu.int/rapid> (Referenz: IP/04/1339); Cordis 8.11.2004,

### Datenbank zur Wasserqualität

In "Waterbase" liefert die Europäische Umweltagentur (EEA) aktuelle Daten zu Status und Qualität von Europas Flüssen, Seen, Grundwasserkörpern, von Brack-, Küsten- und Meerwasser sowie Süßwasserressourcen. (jg)

<http://dataservice.eea.eu.int/dataservice/metadetails.asp?id=633>

## Veröffentlichungen

### Eurostat-Jahrbuch 2004: Schwerpunkt Umwelt und Nachhaltige Entwicklung

In der EU ist die Erzeugung von erneuerbaren Energien wie Wasserkraft, Wind und Sonnenenergie seit 1990 um 40 Prozent gestiegen. Dies geht aus dem Eurostat-Jahrbuch 2004 hervor. Es gibt einen Einblick in die Schlüsselindikatoren für die EU, die Eurozone und die 25 Mitgliedstaaten sowie für die wichtigsten Wirtschaftspartner. Der Datenreport liefert Informationen aus den Jahren 1992 bis 2002 zu den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Wissenschaft, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Umwelt. Einen Schwerpunkt bildet diesmal die nachhaltige Entwicklung. Das Zahlenwerk zeigt, dass alle Mitgliedstaaten vor tiefgreifenden Veränderungen ihrer demographischen Struktur stehen.

(aus: EU-Nachrichten 21.10.2004)

Eurostat-Jahrbuch 2004, 280 S., 50 Euro, ISBN 92 894 4962 4; Internet-Download: [www.europa.eu.int/comm/eurostat](http://www.europa.eu.int/comm/eurostat)

### Broschüre zur EE-Stromrichtlinie

Die Generaldirektion Energie und Verkehr der EU-Kommission hat im November eine Broschüre zur EE-Stromrichtlinie ("Richtlinie 2001/77/EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt") veröffentlicht. Aus Sicht der EU-Kommission werden Hintergründe und Inhalte der Richtlinie erläutert, ein Überblick über die derzeitigen Technologien für die Ökostromerzeugung gegeben und verschiedene nationale Systeme zur Förderung des Ökostroms dargestellt. (tf)

EU-Kommission/GD Verkehr (Hrsg.): Strom aus Erneuerbaren Energiequellen - Förderung von Ökostrom in Europa, Brüssel 2004, 16 S., kostenlos, ISBN 92 894 6665 0; PDF-Download (1,1 MB): [http://europa.eu.int/comm/energy/res/publications/doc/2004\\_brochure\\_green\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/energy/res/publications/doc/2004_brochure_green_de.pdf)

### Naturschutz und Gentechnik / Neue BfN-Schriftenreihe zur Biodiversität

Eine neue Schriftenreihe "Naturschutz und Biologische Vielfalt" aus dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) will sich einer breiten Themenpalette rund um Biodiversität widmen. Der Hauptschwerpunkt der aktu-

ellen Ausgabe liegt bei "Naturschutz und Gentechnik", womit das BfN auf die Gefahren der Agro-Gentechnik für die Biologische Vielfalt hinweisen will. So werden auch Auswirkungen der Freisetzung und des Inverkehrbringens von gentechnisch veränderten Organismen naturschutzfachlich sowie aus Sicht unterschiedlicher und internationaler Forschungsrichtungen aufgezeigt und bewertet. (GiD<sup>1</sup>)

Broder Breckling, Richard Verhoeven (Hrsg.): Risk Hazard Damage - Specification of Criteria to Assess Environmental Impact of Genetically Modified Organisms, Landwirtschaftsverlag Münster 2004, 256 Seiten, 20,- Euro, ISBN 3 7843 3901 8

### Kino-Textspot zum WTO-Gentechnik-Streitfall

Im Streit um Genfood vor dem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation (WTO) verlangen die USA von der EU, den Import gentechnisch veränderter Nahrungsmittel zuzulassen. Hier geht es um nicht weniger als die Frage, was wir in Zukunft essen werden. BUND, BUNDjugend und Attac protestieren dagegen mit der Kampagne GENug-WTO und fordern zur Mithilfe auf, um die Bevölkerung über den skandalösen Fall zu informieren. Ein etwa einminütiger Text-Spot stellt auf ironische Weise die WTO an den Pranger und wirbt für ein gentechnikfreies Europa. Der BUND bietet Beratung an, wie der Spot am besten in die Kinos zu bringen ist. In einem Aktionspaket befinden sich Hintergrundinformationen, Flyer, der Entwurf einer Presseerklärung und eine kurze Anleitung für Aktionen. (jg)

Kostenloses Kinospot-Aktionspaket: BUND-Bundesgeschäftsstelle, Iris Schultz, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel. 030 / 27586-472, eMail: [assistenz.bundgr@bund.net](mailto:assistenz.bundgr@bund.net)  
Kinospot zum Ansehen/Bestellformular: [www.genug-wto.de/kinospot.php](http://www.genug-wto.de/kinospot.php)

### UBA-Praxisleitfaden: Klima schützen, Biodiversität erhalten

Die vom Menschen verursachten weltweiten Klimaänderungen führen zu internationalen Maßnahmen, die zwar das Klima schützen, dabei jedoch andere Schutzgüter - wie etwa die biologische Vielfalt (Bio-

diversität) -gefährden können. Das kann auch zum Rückgang der biologischen Vielfalt führen. Um solche Konflikte und später anfallende hohe Regenerationskosten zu vermeiden, hat das Umweltbundesamt (UBA) jetzt den Praxisleitfaden "Integration of Biodiversity Concerns into Climate Change Mitigation Activities" veröffentlicht. Die Hintergründe sind dargestellt im Abschlussbericht des Projekts. (jg)

Praxisleitfaden: Integration of Biodiversity Concerns into Climate Change Mitigation Activities, kostenlos.

Abschlussbericht: Zusammenstellung und Auswertung geeigneter Kriterien, Indikatoren, UVP und dergleichen für die notwendige Berücksichtigung von Biodiversitätsaspekten bei Maßnahmen des Klimaschutzes, insbesondere zu Landnutzungsänderungen und im Energiesektor, UBA-Reihe "Climate Change" Nr. 04/04 (dt.), 05/04 (engl.), je 10,- Euro.

Hrsg./Bezug: UBA, PF 33 00 22, 14191 Berlin, eMail: [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de)

### Studie zu verkehrspolitischen Trends in Osteuropa

Die Organisation CEE Bankwatch Network hat eine neue Studie zur Verkehrs- und Infrastrukturfinanzierung in den neuen EU-Staaten unter dem Titel "Heading down dead ends" ("Vorwärts in die Sackgasse") veröffentlicht. Die Studie belegt mit umfangreichen Statistiken: Trotz aller Nachhaltigkeitsrhetorik wird die Verkehrssituation in den neuen EU-Mitgliedsländern der in den alten rapide angepasst. Mit den Milliarden-Fördermitteln von internationalen Finanzinstitutionen, die in den letzten 15 Jahren nach Osteuropa flossen, wurden vor allem Straßenbau und Flugverkehr finanziert - Bahn und ÖPNV hatten fast überall das Nachsehen. Trotzdem haben die osteuropäischen Staaten immer noch einen relativen Vorteil für die Gestaltung zukunftsfähiger Verkehrspolitik. (mb)

Heading down dead ends - Transport sector financing in central and eastern Europe, Praha 2004, 58 S.; Hrsg./Bezug: CEE Bankwatch, Jicinska 8, CZ-13000 Praha 3, Tel./Fax 00420 / 274816571, eMail: [press@bankwatch.org](mailto:press@bankwatch.org), PDF-Download (1 MB): [www.bankwatch.org/publications](http://www.bankwatch.org/publications), dt. Kurzfassung (3 S., PDF 55 kB): [http://vorort.bund.net/verkehr/themen/themen\\_41/themen\\_114.htm](http://vorort.bund.net/verkehr/themen/themen_41/themen_114.htm)

<sup>1</sup> [www.gen-ethisches-netzwerk.de](http://www.gen-ethisches-netzwerk.de)

## Ausschreibung

### Wissenschaftliche Politikberatung

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung für politikorientierte Forschung unter der Rubrik "Unterstützung der Politiken und Planung im Vorgriff auf den künftigen Wissenschafts- und Technologiebedarf" des Sechsten Rahmenprogramms (RP6) veröffentlicht. Die Frist für die Einreichung der Vorschläge endet am 1.2.2005.

Die Ausschreibung bezieht sich u.a. auf folgende Gebiete:

- Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen Europas,
- Modernisierung und Nachhaltigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Instrumente und Bewertungsverfahren für nachhaltiges Management in Land- und Forstwirtschaft,
- Modernisierung und Nachhaltigkeit der Fischerei,
- Neue und umweltfreundlichere Erzeugungssysteme zur Förderung der Tiergesundheit,
- Umwelterhebungen/Ökobilanzen (Boden, Wasser, Luft, Lärm, Chemieemissionen),
- Bewertung von Umwelttechnologien zur Flankierung politischer Entscheidungen,
- Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit,
- Entwicklung von Instrumenten, Indikatoren und operativen Parametern zur Bewertung der Leistung nachhaltiger Verkehrs- und Energiesysteme,
- Globale Sicherheits- und Validierungssysteme für das Verkehrswesen und Erforschung von Unfallrisiken und Sicherheitsfaktoren in Mobilitätssystemen,
- Mittel- und langfristige Prognose und Entwicklung innovativer Nachhaltigkeitskonzepte.

(jg) ■

### • Weitere Informationen

Vollständiger Ausschreibungstext:  
 ABl. Nr. C 267 vom 30.10.2004, S. 7)  
[http://fp6.cordis.lu/fp6/call\\_details.cfm?CALL\\_ID=173](http://fp6.cordis.lu/fp6/call_details.cfm?CALL_ID=173)

Quelle: Cordis Nachrichten, 8.11.2004

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese Termine im Internet:  
[www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)  
 (aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
[www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks)  
 (siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

### Dezember

12.-14.12., Noordwijk (Niederlande)  
**Weltkonferenz "Energie für Entwicklung"**  
 Niederländisches Außenministerium, Energy for Development Secretariat, Den Haag  
 Tel. 003170-3766733, Fax -3391306  
[projectteam@energyfordevelopment.org](mailto:projectteam@energyfordevelopment.org)  
[www.energyfordevelopment.org](http://www.energyfordevelopment.org)

17.12., Berlin  
**Umweltpolitik in der WTO: Fortschritt oder Farce**  
 Seminar; DNR, Nika Greger, Berlin  
 Tel. 030 / 443391-86, Fax -80  
[nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Januar

16.-22.1., Laufen (Bayern)  
**Insekten und EU-Habitat-Richtlinie, kontinentale und pannonische Region**  
 Fachtagung (engl.); Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege  
 Tel. 08682 / 89-630, Fax -6317  
[poststelle@anl.bayern.de](mailto:poststelle@anl.bayern.de)  
[www.anl.bayern.de](http://www.anl.bayern.de)

26.-28.1., Graz (Österreich)  
**Mitteuropäische Biomassekonferenz**  
 Österreichischer Biomasse-Verband  
 Tel. 0043 / 0153307970  
[office@biomasseverband.at](mailto:office@biomasseverband.at)  
[www.biomasseverband.at](http://www.biomasseverband.at)

## Februar-Mai

15.-17.2., Rio de Janeiro und Fortaleza (Brasilien)  
**RIO 5 - World Climate & Energy Event**  
 Internationaler Kongress, RIO 5-LAREF-Organization Office  
 Tel. 005521-22335184, Fax -25182220  
[info@rio5.com](mailto:info@rio5.com)  
[www.rio5.com](http://www.rio5.com)

21.-23.03., Kraków (Polen)  
**ENEX - New Energy 2005**  
 Messe und Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner  
 Tel. 07121 / 30-160, Fax -16100  
[redaktion@energie-server.de](mailto:redaktion@energie-server.de)  
[www.enex-expo.com](http://www.enex-expo.com)

11.-22.04., New York  
**Water, Sanitation and Human Settlements (CSD13)**  
 Politische Sitzung; Kommission für Nachhaltige Entwicklung, Federica Pietracci, Major Groups Programme Coordinator, UN DSD/DESA  
 Tel. 001212 / 963-2803, Fax -4260  
[pietracci@un.org](mailto:pietracci@un.org)  
[www.un.org/esa/sustdev/csd/csd13/csd13.htm](http://www.un.org/esa/sustdev/csd/csd13/csd13.htm)

25.-27.5., Nijmegen (Niederlande)  
**Flut: Von der Abwehr zum präventiven Management**  
 Internationales Symposium  
[www.isfd3.nl](http://www.isfd3.nl)  
 (db, jg) ■

### Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. "EUR 04.03" als Hinweis auf Heft 4 des EU-Rundschreibens im Jahr 2003.

Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechts) sind ähnlich gehalten, z. B. "DRB 05.04".

Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich: [www.dnr.de](http://www.dnr.de), "Publikationen", "EUR online", "Bisherige Ausgaben".

### Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundschreiben-Abonent/innen und Fachleute aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

### EU-Rundschreiben im Internet

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

### EU-Koordination des DNR im Internet

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

ist die neue Internetseite der EU-Koordination des DNR. Hier finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über die laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

### Deutschland-Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR - teils auch mit EU- und internationalem Bezug, etwa bei der Umsetzung von EU-Richtlinien oder internationalen Abkommen. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar zu. Probelesen und Archiv im Internet: [www.dnr.de/drb](http://www.dnr.de/drb)

### Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung

Weitere Beiträge zur internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem entwicklungspolitischen Dachverband Venro. Wir senden gern ein kostenloses Probeheft. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 EUR pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 EUR pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

**Absender/in**

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax  
eMail: